

Barnimer Bürgerpost

die unabhängige Leserzeitung

NR. 253 · 22. JAHRGANG · AUSGABE 2/2016 VOM 2. FEBRUAR 2016 · ERSCHEINT MONATLICH · 1 EURO

- 3 | **»Wir wollen etwas für den Frieden in der Welt tun!«**
1. Eberswalder Weltfriedenskonferenz
- 6 | **Innen oder Außen – Baugebiet Lindenberg Süd**
Kreativer Umgang mit dem Baugesetz
- 12 | **Kulturerbe Finowkanal muß erhalten bleiben**
Kleine Eberswalder Erklärung

Wir bleiben auf dem Platz

Die Bürgerinitiative im Gebiet des WAV »Panke/Finow« wurde von verantwortungsbewußten Bürgern aus Biesenthal, Bernau, Melchow und Rüdnitz im Juli 2011 gegründet. Ausgangspunkt war eine Information des damaligen WAV-Vorstehers im März 2011, in der deutlich gemacht wurde, daß entsprechend dem Kommunalabgabengesetz Aktivitäten zur Erhebung von Altanschließerbeiträgen eingeleitet würden.

Zunächst wurde versucht, durch Fragestellungen an die Versammlungen und durch Teilnahme an Bürgerversammlungen und durch Einflußnahme auf Stadtverordnete und Gemeindevetreter eine Lösung im Interesse der Bürger zu erreichen. Auch das Biesenthaler Bürgerbegehren und die späteren in Melchow und Rüdnitz zeigten deutlich, daß die Einwohner mit diesen vorgesehenen Maßnahmen nicht einverstanden waren. Die Bürger brachten öffentlich ihren Protest gegen die Ungleichbehandlung, die Verletzung des Grundgesetzes, des Einigungsvertrages und gegen die fragliche Veränderung des Kommunalabgabengesetzes Brandenburgs zum Ausdruck.

Viele hatten den Eindruck gewonnen, daß der Vorstand und einige Bürgermeister bestrebt waren, die Bürger gegeneinander auszuspielen, den Bürgerprotest zu diskreditieren und mit Falschinformationen die nicht grundgesetzkonformen landesgesetzlichen Regelungen durchzusetzen. Die Behinderung der Bürgerproteste und der respektlose Umgang einiger Stadtverordneter mit den Bürgern führten besonders in Bernau zu weiteren Spannungen.

Seit Juli 2013 wurde aus der Bürgerinitiative mit engagierten Bürgern aller Verbandsgemeinden eine große Protestbewegung, die sich in bisher 107 wöchentlich stattfindenden Dienstags-Demonstrationen auf dem Bernauer Marktplatz manifestierte. An den Demonstrationen und Straßenumzügen nahmen jeweils zwischen 300 bis 1300 Bürger teil. Verschiedene Lösungsvorschläge der Bürgerinitiative, auf eigene Kosten mit Hilfe von Fachinstituten erarbeitet, wiesen Verwaltung und WAV »Panke/Finow« zurück. Sie wurden auch durch die Stimmenverteilung in der Stadtverordnetenversammlung und mit Hilfe einbezogener Wirtschaftsprüfungsinstitute und Anwaltskanzleien be- und verhindert.

2014 kam es dann zur Abwahl des Bürgermeisters und Vorstandsvorstehers, Herrn Handke, von seinen Ämtern. In Vorbereitung auf die Neuwahl des Bürgermeisters versprach der bestplatzierte Kandidat, daß er das »Abwasserproblem« binnen 100 Tagen nach seiner Wahl lösen würde (MOZ, Barnim-Echo vom 26.08.2014). Das von dem Kandidaten in die Diskussion gebrachte Modell einer »Abschmelzung« von Beiträgen erwies sich als nicht durchsetzbar, da es nicht im Rahmen der Gesetze lag. Das bestätigten auch die dazu abgegebenen juristischen Stellungnahmen. Ebenso scheiterten alle Versuche, die Altanschließerbescheidung als rechtlich zulässig, notwendig und gesetzeskonform darzustellen. Ein bereits in Gang befindlicher Bürgerentscheid zur Einbringung eines Vorschlages in die Versammlungen des WAV, der von der SVV der Stadt Bernau befürwortet wurde, ist durch den Landrat des LK Barnim untersagt worden.

Ein Teilerfolg der Bürgerinitiative ist, daß der WAV in seinen Beschlüssen am 15.04.2015 unter anderem die Festlegung getroffen hat, die gemischte Finanzierung im Trinkwasserbereich auf eine Gebührenfinanzierung umzustellen, was die Rückzahlung der Trinkwasserbeiträge zur Folge hat. Auch die geforderte Einsetzung eines hauptamtlichen Vorstandsvorstehers wurde umgesetzt.

Foto: Jöres Kofiec



Mit einer Sonder-Dienstags-Demonstration am 22.12.2015 konnte die BI mit ihren Bündnispartnern, der Unabhängigen-Fraktion und der Fraktion Bündnis für Bernau in der Stadtverordnetenversammlung von Bernau, und mit Bürgerinnen und Bürgern des gesamten Verbandsgbietes des WAV »Panke/Finow« als weiteren großen Etappenerfolg die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes zu Altanschließerbeiträgen und verfassungswidrigen Verjährungsregeln in Brandenburg friedlich und freudig als einen Erfolg des Rechtsstaates kennzeichnen.

Die überregional vernetzten Bündnispartner in Brandenburg, von Cottbus, Lübben, Sonnewalde, Bad Freienwalde und Wriezen bis Nuthetal usw. haben durch ihre Teilnahme in Bernau den Schulterschuß aller Bürgerinitiativen »Wasser und Abwasser« im Wassernetz Brandenburgs eindrücklich demonstriert.

Die Landtagsgruppe von BVB/Freie Wähler und das Wassernetz Brandenburg haben in ihren jeweiligen Forderungen gegenüber der Landesregierung verdeutlicht, welche Probleme bei der Neuordnung des Kommunalabgabengesetzes Brandenburgs schnellstmöglich einer Lösung zugeführt werden müssen. Ein entsprechender Beschlußvorschlag wurde am 18.12.2015, einen Tag nach Bekanntgabe des Beschlusses des BVerfG, im Landtag Brandenburgs durch SPD, CDU, Linke und Grüne abgelehnt.

Aus dem Beschluß des Bundesverfassungsgerichtes vom 12.11.2015 und seiner Anwendungsbreite und -tiefe ergeben sich für alle Bürgerinitiativen neue Aufgaben bei der weiteren Durchsetzung der Bürgerforderungen. Die Bürgerinitiative im Gebiet des WAV »Panke/Finow« hat sich für die weitere wirksame Planung und Organisation ihrer Arbeit neu aufgestellt und einen dreiköpfigen Vorstand gebildet.

Dr. CHRISTEL SIMON, Dr. RONALD KRÜGER
und BERND C. SCHUHMAN

Vom Wert des Lesens

Kinder im Alter von 8 bis 13 Jahren sind zu beneiden. Sie stürzen sich voller Neugier in unbekannte Welten, wo alleine ihre Phantasie und die des Schriftstellers den Raum der Gedanken füllt. Bücher sind oft die besten Freunde unserer Kinder und Eltern tun gut daran, den Smartphone- und Whats-App-Terror von den zarten Seelen solange wie möglich fernzuhalten. Auch ein Fernseher im Kinderzimmer ist nicht die beste Idee. Schauen Sie sich fernsehende Kinder an: sie werden zu passiven Zombies vor Flimmerkisten mit Trickfilmen rund um die Uhr! Wenn sie jedoch richtig Deutsch lernen wollen und denken dazu, dann sollten sie lesen. Der Sohn oder die Tochter erfährt dann, mit welchen Gedanken und Gefühlen Robinson sein Leben als Gestrandeter auf einer einsamen Insel meistert; wie er Ordnung ins Chaos seiner Sinne und seiner Existenz bringt. Wie sollten sie sonst je erfahren, mit welchem Zauberspruch sich das Tor zur unterirdischen Welt von Moria öffnet, und damit Frodo und seinen Gefährten ein neues Abenteuer auf dem Weg zum Schicksalsberg beschert. Und warum verliebt sich wohl Tom Sawyer, der Rumtreiber, plötzlich unsterblich in Becky, die Tochter des Richters Thatcher? Ja, welche Gefühle erleben die beiden beim tagelangen Umherirren in einer finsternen Riesenhöhle, wo sie, Hand in Hand, zitternd, sich vor dem mörderischen Indianer-Joe hüten müssen? Sie erfahren es nur durch Lesen!

Enkelsohn und -tochter würden nie begreifen, warum der finstere Lord Voldemort in seinem Wahn, den Zauberschüler Harry zu vernichten, ihn nur noch stärker macht. Sie könnten nicht mit Dagedag, der Schöpfung von Hannes Hegen, mitfiebern, der vom Grafen von Kuckucksburg im Folterkeller seiner Burg eingeschlossen wird und wie er mit einer jugendlichen Leichtigkeit den fiesen Bösewicht in sein selbstgewähltes Gefängnis bugsiert. Sie könnten auch nie die sieben Streiche von Max und Moritz aufzählen (wie war das mit Lehrer Lämpel?), und berichten, warum sie nach dem letzten Streich schließlich als Futter für des Müllern Federvieh enden.

Sie würden nie erfahren, warum Sierva María, die letzte Marquesita von Casaldueiro, ihre langen roten Haare wie eine Schleppe trägt und warum sie die Gewohnheiten der schwarzen Sklaven des Hauses annimmt. Auch würde sie niemals ein Schauer erfassen, wenn sie vor ihrem geistigen Auge sehen, daß nur der alte, schmutzige Mann den Bogen des Odysseus spannen und den Pfeil mit Kraft durch die zwölf Ösen der zwölf Äxte schießen kann und somit wieder König von Ithaka wird. Geister, Gefühle, Verzweiflung und Mut, Geschichte und Humor - das alles können Kinder beim Lesen erfahren und es wird sie bereichern für alle Zeit, bis an das Ende ihrer Tage, wenn sie selbst alt und grau geworden sind, wie Zauberer Gandalf, und hoffentlich auch so weise.

JÜRGEN GRAMZOW

Urteil zu Uckermarkleitung

Naturschutz massiv vernachlässigt

Das Bundesverwaltungsgericht in Leipzig hat am 21. Januar den Planfeststellungsbeschuß für die Uckermark-Höchstspannungsleitung als »rechtswidrig und nicht nachvollziehbar« bezeichnet. Er darf nun nicht vollzogen werden. Dazu sagt der Fraktionsvorsitzende von Bündnis 90/Die Grünen im Landtag Brandenburg AXEL VOGEL:

»Das Landesamt für Bergbau, Geologie und Rohstoffe (LBGR) hat im Planfeststellungsverfahren für die Uckermarkleitung die Belange des Naturschutzes massiv vernachlässigt und von den Leipziger Richtern dafür die Quittung erhalten. Das Planfeststellungsverfahren muß nun zumindest deutlich nachgebessert werden. Ob dies so einfach möglich sein wird und wie lange sich das Verfahren dadurch noch hinzieht, ist offen. Das Gericht hat damit begrüßenswerterweise deutlich gemacht, daß Natur- und Umweltschutz keine vernachlässigbare Größen sind. Die Unfähigkeit des LBGR, diesen Sachverhalt angemessen zu berücksichtigen, legt nahe, die Zuständigkeit für Genehmigungsverfahren beim Netzausbau auf das Landesumweltamt zu verlagern. Nicht unterschlagen werden darf, daß sich die Bürgerinitiativen und die

Anrainergemeinden der geplanten 380-kV-Freileitung nie grundsätzlich gegen den Bau der Stromtrasse wandten, sondern immer wieder alternative Trassenverläufe und Erdverkabelung in besonders sensiblen Bereichen vorgeschlagen haben. Mit dem Urteil wird damit zugleich deutlich, daß in solchen Planungsvorhaben die betroffene Bevölkerung umfassender mit einbezogen werden muß und deren Anliegen stärker berücksichtigt werden.«

Die energiepolitische Sprecherin der Fraktion HEIDE SCHINOWSKY ergänzte: »Ich sehe das Urteil auch als Menetekel für die rechtlichen Auseinandersetzungen um den Aufschluß neuer Tagebaue. Das Landesbergamt wird Anrainer- und Umweltinteressen künftig nicht mehr so leicht beiseite wischen können.«

TOBIAS ARBINGER (siehe auch Seite 7)

Neujahrsempfang der Linken in Bernau:

Präsente und Spenden zum Spielen und Lernen



FOTO: MARGOT ZIEMANN

Die Linken in Bernau hatten zum Neujahrsempfang geladen und gleichzeitig um Spenden und Präsente für die Einrichtung von Spielzimmern in den Bernauer Flüchtlingsheimen gebeten. Die Resonanz war überwältigend. Die Mitglieder der Partei und viele Bernauerinnen und Bernauer spendeten mit großem Herzen. Neben den eigenen Mitgliedern begrüßten die Bernauer LINKEN den Bernauer Bürgermeister André Stahl sowie Vertreter anderer Parteien und von zahlreichen Vereinen.

Die Fraktionsvorsitzende Dr. Dagmar Enkelmann und der Stadtvorsitzende Thomas Sohn dankten allen Spenderinnen und Spendern für die großzügige Hilfe und Solidarität. Neben Spielzeug und Zeichenmaterial wurden auch über 400 Euro an Geldspenden gesammelt. Diese werden für die Einrichtung von Spielzimmern, für Schulranzen und Schulmaterial vor allem für die Willkommensklassen zur Verfügung gestellt.

Die Bernauer Sportvereine wie der FSV, der BSV Schönow und der SV Grün-Weiß Waldfrieden informierten, daß sie in Zukunft regelmäßig sportliche Aktivitäten für Flüchtlingskinder und Jugendliche anbieten werden, um deren Integration zu fördern.

MARGOT ZIEMANN

1. Mai-Vorbereitung

Eberswalde (bbp). Am 9. Februar kommt das Vorbereitungskomitee für den Ersten Mai 2016 zu seinem zweiten Treffen zusammen. Neben den Mitgliedern des DGB-Kreisverbandes Barnim und den DGB-Mitgliedsgewerkschaften sowie Betriebs- und Personalräten ging die Einladung an »alle am 1. Mai interessierten Organisationen, Parteien, Verbände und Vereine im Landkreis Barnim«. Der DGB-Kreisvorsitzende Ralf Kaiser vergaß auch nicht, den Landrat und den Eberswalder Bürgermeister einzuladen. »Diese Vorbereitungsveranstaltung ist für alle Organisationen, Parteien und Verbände offen, die sich am 1. Mai in Eberswalde organisatorisch, inhaltlich und finanziell beteiligen möchten.«

Das Maikomitee trifft sich am Dienstag, den 9. Februar, um 17 Uhr im Versammlungsraum des Gewerkschaftshauses in der Grabowstraße 49 in Eberswalde. Ralf Kaiser weist darauf hin, daß das Gebäude leider nicht barrierefrei ist.

Weitere Maikomitee-Treffen sind vorgesehen am 1. März, 12. April und ggf. nochmals am 26. April, jeweils dienstags um 17 Uhr im Gewerkschaftshaus.

Zitat des Monats

ICH MEINE, ALS ERSTES SOLLTEN WIR UNS UM UNSERE FAMILIE UND UNSERE GESELLSCHAFT, UNSER HAUS UND UNSERE STADT KÜMMERN, UND WENN JEDER SO DENKEN WÜRDE, WÜRDE ES KLAPPEN.

JOHN LENNON, 1980

1. Eberswalder Weltfriedenskonferenz am 5. Februar:

»Wir wollen etwas tun!«

Es freut uns zu hören, daß unsere Ankündigung der 1. Eberswalder Weltfriedenskonferenz einige Reaktionen verursacht hat.

Auf diese wollen wir hiermit reagieren. Wichtige Punkte von dem Feedback waren, daß wir wegen der Themenvielfalt und den fehlenden Kontaktmöglichkeiten entweder nicht ernsthaft genug oder etwas sehr unbedarft an die Aktion herangehen würden. Dies stimmt keinesfalls und vollumfänglich.

Wir sind absolut entschlossen und ernsthaft! Nachdem Anfang November die Ärzte ohne Grenzen ihren Bericht über das In-Schutt-und-Asche-legen ihres Krankenhauses in Kundus am 03.10.2015 veröffentlicht hatten (Telepolis-Artikel »Krankenhaus Kundus: Das Ziel war töten und zerstören«), war der Punkt deutlich überschritten, der eigentlich schon viel zu lange erreicht war. Das Foltern, Morden, Zerstören und Ausbeuten in der Welt muß ein Ende finden!

Der weitere Verlauf des letzten Jahres bestätigte leider, daß dies ausschließlich durch Aktivitäten »von unten« erreicht werden kann, weil es von den Damen und Herren der Polit-Elite keinesfalls zu erwarten war: Anstatt dieses Ziel anzustreben, wird neuerdings völkerrechtswidrig an der effizienten Steuerung der Tötungs- und Vertreibungsmaschinerie mitgewirkt. Dies widert uns an!

Aber ja, unbedarft sind wir in nahezu jeder Hinsicht. Keiner von uns, die wir uns seit November privat treffen, war bisher großartig politisch aktiv oder hat gar jemals eine Demo oder eine derartige öffentliche Veranstaltung organisiert. Jeder von dem ersten, sehr kleinen Kreis hat einfach ein paar weitere Freunde angesprochen, die sich für eine solche Aktion würden begeistern können. Dann wurde überlegt, machen wir eine Demo, Informationsver-

anstaltungen, »Flugblätter« oder ähnliches? Wir sind zu dem Entschluß gekommen, zu einer Vernetzungsveranstaltung, wie sie jetzt ange- setzt ist, einzuladen, da wir nicht nur auf die Straße und danach wieder heim gehen, sondern konkrete Initiativen ins Leben rufen wollen. Auch möchten wir Menschen kennenlernen, die entweder schon Erfahrungen in diesen Bereichen gesammelt haben, weil sie schon lange friedensbewegt sind und die eine oder andere Veranstaltung organisiert haben. Anderen, die wie wir noch nicht aktiv waren und denen noch der letzte Anstoß fehlt, endlich in die Tat zu kommen, möchten wir mit der Veranstaltung dazu eine Möglichkeit bieten.

Das vorgeschlagene Themenspektrum ist definitiv nicht »überladen«, denn an Themen mangelt es leider nicht: Im 21. Jahrhundert herrscht keinerlei Wissensdefizit. Die Landschaft der alternativen Medien vermitteln das volle Bild des Chaos und des Elends in der Welt. Die Ausrede »Das haben wir alles nicht gewußt« wird keine Entschuldigung sein können, wenn später die Frage gestellt wird »Warum habt ihr denn nichts getan?«

Wir wollen etwas tun. Jetzt. Dazu haben wir Ideen, die wir diskutieren wollen und für die wir Mitstreiter finden möchten. Wir sind auf den 5. Februar gespannt. Die Herausforderung wird sein, die Menschen, die sich zum Termin ab 18 Uhr im Haus am Stadtsee einfinden, auf ihrem Wissensstand abzuholen und sich auf deren zu begeben. Es wird sich zeigen, ob erst weitere Informationsveranstaltungen zu bestimmten Themen notwendig werden oder ob direkt Initiativen angegangen werden können.

Wir freuen uns auf alle Teilnehmer! Unser Kontakt: 1.EWFK@gmx.de.

*Die Initiatoren der
1. Eberswalder Weltfriedenskonferenz*

Müllkutschen und Panzer

Mein Vater hat uns stets das Denken empfohlen und ich mache mir, heute noch mit 92 Jahren, so meine Gedanken über Gott und die Welt. Gestern war Müllabfuhr und ich denke an die Müllkutsche, schreibe auf eine große Puppe, daß sie mir sympathischer sind, als ein Panzergeneral mit seinen Panzersoldaten.

Ich mußte mich beeilen, denn sie waren schon da und ich reiche dem Mitarbeiter mein Geschriebenes. Er nimmt es an, liest und ist sehr erfreut darüber.

In 14 Tagen ist wieder Müllabfuhr und ich denke mir, daß ich noch eine Begründung nachreichen werde und die sieht so aus:

Wenn die Müllkutsche ihre Aufgabe erledigt hat, ist die Stadt wieder sauber.

Wenn Panzergeneräle ihre Aufträge erfüllt haben, hinterlassen sie nur Leichen und Trümmer. Sie werden die rote Oma verstehen.

ELISABETH MONSING

Wohngeldgesetz geändert

Eberswalde (prest-ew). Zum 1. Januar 2016 trat eine umfangreiche Änderung des Wohngeldgesetzes in Kraft. Bundesweit wird damit gerechnet, daß sich aufgrund dessen die Anzahl der Wohngeld beziehenden Haushalte um rund 40 Prozent erhöht. Hierbei werden insbesondere die Erhöhung der angemessenen zu berücksichtigenden Kosten der Unterkunft, die Neuordnung der Haushaltsmitglieder und die Änderung in der Einkommensberechnung die größten Auswirkungen auf die Leistungsbewilligung haben

Für die Haushalte im Stadtgebiet von Eberswalde, Sommerfelde, Tornow und Spechthausen, die bereits einen Wohngeldbescheid auch für den Zeitraum nach dem 31. Dezember 2015 erhalten haben, erfolgte seitens der Wohngeldstelle der Stadt Eberswalde eine automatische Neuberechnung ab dem 1. Januar 2016.

Haushalte, die bislang kein Wohngeld erhalten haben, ihren Anspruch ab dem 1. Januar 2016 jedoch prüfen lassen wollen, können einen Wohngeldantrag bei der Stadt Eberswalde stellen. Die notwendigen Antragsformulare sind direkt im Rathaus erhältlich oder auf der städtischen Internetseite unter www.eberswalde.de abrufbar.

Wasserturm Finow:

Vierter Treppenlauf

Der Wasserturm Verein veranstaltet am Sonntag, den 3. April, seinen 4. Treppenlauf, d.h. 17 Stufen hinab und 261 Stufen hinauf. Infos erscheinen zeitnah auf der Homepage: www.wasserturm-finow.de bzw. in der örtlichen Presse. Bei Interesse solltet ihr euch den Termin aber bereits im Kalender vermerken. Für Besucher bleibt der Turm an diesem Tag geschlossen.

RINGO WRASE,

Wasserturm und sein Umfeld e.V.

1. Eberswalder Weltfriedenskonferenz

5. Februar, 19 Uhr, Am Stadtsee, Eberswalde, Angermünder Chaussee 9

Erfolgreiche Aktion bei Nieselregen

Bei Nieselregen baten in Bernau am 12. Januar Unterstützer des Volksbegehrens gegen Massentierhaltung die Passanten um Gehör. Ein letztes Mal vor Toresschluß erklärten sie am Rathaus mit Flyern und guter Zureden den Grund für eine persönliche Eintragung im Rathaus. Viel diskutiert wurde dann bei drei Grad Plus um das Für und Wider in ungezählten Einzelgesprächen. Ludwig Seeger war sich dabei nicht zu schade, für jeden Interessenten die nötige Ausdauer und Geduld mitzubringen.

Am Ende gingen an diesem Tag mindestens noch einmal 20 Bernauer Einwohner durch die Rathausstür, um für das Volksbegehren gegen Massentierhaltung zu zeichnen.

Inzwischen hat der Landesabstimmungsleiter das endgültige aufgeschlüsselte Ergebnis veröffentlicht. Von den eintragungsberechtigten Brandenburgern haben 103.545 in Eintragungslisten bzw. per Eintragungsschein gültig abgestimmt. Das sind 5,1 Prozent. Im Barnim waren es 7.064 Bürger. Der nächste Schritt, falls der Landtag den Vorschlag der Volksinitiative ablehnt, ist eine Volksabstimmung zu den Forderungen der Initiative, mit ordentlicher Wahlbenachrichtigung und allem, was dazu gehört. Weitere Information der Initiatoren finden sich hier: <https://www.volksbegehren-massentierhaltung.de>

THOMAS TOBLER

Friedensbrücke bleibt

Eberswalde (bbp). Ende des vergangenen Jahres waren in Eberswalde Gerüchte im Umlauf, wonach in näherer Zukunft ein Abriß der Friedensbrücke geplant sei. Hintergrund der Gerüchte sind möglicherweise die Vorplanungen für die Kreuzung an der Friedensbrücke. Eine Nachfrage bei der städtischen Baudezernentin Anne Fellner ergab: »Der Abriß Friedensbrücke ist wirklich nur ein Gerücht. Der Knotenpunkt wird neu gestaltet. Mehr nicht.«

Magenschmerzen

Im letzten Beitrag der Fraktion ALTERNATIVES WÄHLERBÜNDNIS EBERSWALDE im Amtsblatt vom 27.01.16 schreibt der Fraktionsvorsitzende Carsten Zinn, daß seine Fraktion dem Haushalt 2016 der Stadt Eberswalde mit Magenschmerzen zugestimmt hat (siehe auch BBP 1/2016). Diese Schmerzen wurden wohl durch den schwer verdaulichen Inhalt der Eintrittspreiserhöhungen für den Zoo, den Familiengarten und das Museum hervorgerufen.

Die Schmerzen hätten aber nach meinem Verständnis zuerst im Kopf auftreten müssen, wo ja eigentlich der Verstand und das Gewissen angesiedelt sein sollen.

Bekanntlich sind ja Abgeordnete in ihrem Abstimmverhalten nur ihrem Gewissen verpflichtet, obwohl sie gemäß der Kommunalverfassung auch über Sachverstand verfügen sollen, zumindest wenn sie in beratenden Funktionen als Abgeordnete tätig sind.

Zuminde haben sie hier den Gesetzen der kapitalistischen Marktwirtschaft folgend richtig abgestimmt, weil eine steigende Nachfrage, hier gestiegene Besucherzahlen, einen Preisanstieg nach sich zieht. Außerdem hat ja der Zoo-Direktor Dr. Hensch viele Male festgestellt, daß die bisherigen Preissteigerungen der Beliebtheit des Zoos nicht geschadet hätten.

Umso unverständlicher deswegen die Schmerzen. Vergleicht man allerdings die Preiserhöhungen mit der Aussage des Artikels zur Kaufkraft der Kommunen im Barnim (siehe MOZ vom 21.01.16), wonach Eberswalde wieder nur Schlußlicht mit nur ca. 80% des Durchschnitts geworden ist, müßte man eigentlich zu einem anderen Ergebnis kommen.

Deswegen hätte ich zumindest von unserem Vertreter des BÜNDNISSES FÜR EIN DEMOKRATISCHES EBERSWALDE ein klares Nein zum Haushalt erwartet.

BERND POMRAENKE,

Bündnis für ein demokratisches Eberswalde

Öffentliche Rentensprechstunde

Rentenempfänger erhalten an jedem zweiten Mittwoch im Monat Hilfe von der Brandenburgischen Renteninitiative beim Lesen ihrer Rentenbescheide und dem Formulieren von Widersprüchen. Die nächste Sprechstunde ist am 10. Februar, 10-12 Uhr, bei der Volkssolidarität, Mauerstr. 17 in Eberswalde.

ANDREA HOEHNE

Zusammengesuchte Antworten

Eberswalde (bbp). Im September 2015 hatte die Fraktion ALTERNATIVES WÄHLERBÜNDNIS EBERSWALDE per Eilantrag versucht, das Thema »Information der Stadtverwaltung zur Asyl- und Flüchtlingspolitik und deren Auswirkungen in der Stadt Eberswalde unter Berücksichtigung der aktuellen Herausforderungen zur menschenwürdigen Unterbringung und humanitären Begleitung von Asylbewerbern und Flüchtlingen« auf die Tagesordnung zu setzen. Damals war die Eilbedürftigkeit in namentlicher Abstimmung von der Mehrheit der Stadtverordneten einschließlich des Bürgermeisters abgelehnt worden. Alternativ hatte die Fraktion darum gebeten, die im Rahmen der Beschlußvorlage formulierten Fragen im Tagesordnungspunkt »Anfragen« zu behandeln. Darauf wurde nicht eingegangen. Nach Ablehnung der Eilbedürftigkeit und Ignorierung der alternativen Behandlung als Anfrage war davon auszugehen, daß die Angelegenheit – nunmehr fristgemäß – in die Tagesordnung der nachfolgenden Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 22.10.2015 aufgenommen wird. Auch dies erfolgte nicht und es gab auch keine Antworten auf die eingereichten Fragen.

Darauffhin reichte die Fraktion ihre Fragen zur Novembersitzung erneut ein, diesmal als offizielle Anfrage. Dabei legte die Fraktion dar, daß sie bereits »mit Datum 30.01.2015 eine gemeinsame Sitzung von AKSI und ABJS zum Thema Unterbringung von Asylbewerbern und Flüchtlingen in der Stadt Eberswalde angeregt (hatte). Leider wurde das Anliegen damals ignoriert. Zuständig für die Unterbringung und Betreuung ist der Landkreis Barnim. Allerdings trägt auch die Stadt Eberswalde Verantwortung, in dem sie entweder direkt oder über die stadteigene WHG Wohnungs- und Hausverwaltungsgesellschaft mbH entsprechenden Wohnraum zur Verfügung stellt. Darüber hinaus ist die Stadt in der Pflicht, Plätze in den Kitas und den drei Grundschulen zur Verfügung zu stellen sowie nach Maßgabe ihrer Möglichkeiten das ehrenamtliche Engagement der Eberswalder Willkommensinitiativen zu unterstützen. Desweiteren sollten Sport-, Kultur- und andere Vereine angeregt und unterstützt werden, Flüchtlinge aufzunehmen bzw. in ihre Aktivitäten zu integrieren. Sowohl seitens der Stadtverwaltung und den städtischen Gesellschaften als auch durch ehrenamtliche Initiativen gibt es hier bereits eine Vielzahl von Aktivitäten, worüber leider nur sporadisch und sukzessive informiert wird.«

Der Mangel an Informationen ignoriere zum einen die große Hilfsbereitschaft in der Einwohnerschaft und leiste zugleich Gerüchten Vorschub, die bei einem Teil der Bevölkerung Ängste und Ressentiments provozieren. »Dagegen helfen nur Transparenz und eine klare Positionierung der Verantwortlichen in der Stadtverwaltung und der Stadtverordneten.«

Am 22. November 2015 war die Verwaltung nun also gezwungen, sich nun endlich zu einer offiziellen Antwort zu bequemen. Diese erfolg-

ten mündlich und über mehrere Tagesordnungspunkte verteilt. Als im Dezember die Niederschrift vorlag, konnte sich der interessierte Leser die Antworten zusammensuchen.

Frage 1: Wie viele Asylbewerberinnen und Asylbewerber bzw. Flüchtlinge sind seit 2013 innerhalb der Stadt Eberswalde untergebracht worden (zu den Stichtagen 30.6. und 31.12.)?

Zu Frage 1 verwies der antwortende Dezernent Bellay Gatzlaff auf Ausführungen des Bürgermeisters im TOP »Informationen der Stadtverwaltung«. Demnach entwickelte sich die Zahl der in Eberswalde untergebrachten Personen, die Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz erhalten haben, wie folgt: 30.06.2013: 56, 31.12.2014: 157, 30.06.2014: 174, 31.12.2014: 262 und 30.06.2015: 338. Mit Stand 24.11.2015 seien 855 geflüchtete Personen in Wohnverbänden, Wohnungen und den Notunterkünften in Eberswalde untergebracht worden. Zusätzlich informierte Boginski, daß zu diesem Zeitpunkt 5 geflüchtete Kinder in 3 Kindertagesstätten in städtischer Trägerschaft betreut würden, 9 Kinder die Grundschule Finow, 11 die Grundschule Bruno-H.-Bürgel und 24 die Grundschule Schwärzese besuchten. Geplant sei, an den städtischen Schulen zwei Willkommensklassen einzurichten, für die allerdings seitens des Schulamtes noch nicht die vorgesehenen Lehrkräfte zur Verfügung gestellt wurden.

Frage 2: Wie viele davon sind in den einzelnen Ortsteilen untergebracht (ebenfalls zu den genannten Stichtagen)?

Bellay Gatzlaff: Hierzu liegt keine Mitteilung vom Landkreis Barnim vor. Die Unterbringung in den Wohnverbänden und den Notunterkünften erfolgt im Wesentlichen im Brandenburgischen Viertel und in Stadtmitte. Die Wohnungen, in denen die Flüchtlinge untergebracht sind, sind über das ganze Stadtgebiet verteilt.

Frage 3: Nach aktuellen Informationen, die von verschiedenen Seiten gegeben werden, soll eine zentrale Unterbringung in einzelnen Objekten erfolgen, wie dem ehemaligen Hotel »Finesse« in der Angermünder Straße, der ehemaligen Schule in der Eisenbahnstraße, dem künftig erweiterten Wohnverbund der WBG in der Schwärzeseestraße sowie den Wohngebäuden der WHG in der Potsdamer Allee 45 - 59.

Wie wird gewährleistet, daß möglichst zeitnah eine dezentrale Unterbringung insbesondere von Familien und bleibberechtigten Flüchtlingen erfolgen kann?

Die Verständigung erfolgt durch den Landkreis Barnim direkt mit den Unterkünften bzw. den Asylbewerberinnen und Asylbewerbern.

Frage 4: Wie und in welcher Form werden die Anwohner der genannten zentralen Objekte informiert und einbezogen?

Die betroffenen Anwohner werden durch Einwohnerversammlungen, die Presse, das Amtsblatt sowie die politischen Gremien informiert und einbezogen. Weiterhin wurde ein Flyer zur Information erstellt.

Kreisliche Energiewerke Barnim **Künftig »Eberse«**

Einige wenige Konzerne haben im Zusammenspiel mit Hitlers Bürokraten die Energieversorgung in Deutschland unter ihr Diktat gebracht. Dieser Zustand hat alle Entwicklungen in Deutschland seit 1945 überlebt und hat sich verfestigt. Die Konzerne stützen sich auf das »Gesetz zur Wehrhaftmachung der deutschen Energieversorgung« aus dem Jahr 1935. Danach bestimmen wenige Gebietsmonopolisten, auf welche Weise in Deutschland Strom erzeugt und verkauft wird. Sie werden von niemandem kontrolliert, betrachten es aber als Selbstverständlichkeit, daß ihre Verluste von ihren Kunden oder vom Steuerzahler getragen werden. Die Gewinne streichen sie ungeschmäleret ein. Diese Stromdiktatur hält an und hat bis heute die dringend notwendige Erneuerung der Energieversorgungsstruktur verhindert. Es wäre schon längst möglich, den Strom billiger, effektiver und umweltfreundlicher zu produzieren. Die Technologie der Wärme-Kraft-Kopplung, die gleichzeitige Erzeugung von Strom und Wärme bei geringsten Energieverlusten, benötigt keine teuren Riesenkraftwerke, aber sie würde eine sozial tragbare und sichere Stromversorgung garantieren. Voraussetzung dafür ist jedoch, die Macht der Stromkonzerne zu brechen und die Energieversorgung den demokratischen Prinzipien des Grundgesetzes zu unterwerfen. Das hat bisher niemand gewagt und gekonnt.

ECKARDT, MEINERZHAGEN, JOCHIMSEN:

Die Stromdiktatur - von Hitler ermächtigt - bis heute ungebrochen. Rasch und Röhring Verlag, 1985.

Situation im Landkreis Barnim

Die Absicht, kreisliche Energiewerke zu gründen, ist gleichbedeutend mit der Absicht, ein Stück aus dem Kuchen des regionalen Monopolisten herauszubringen. Es ist logisch, daß der sich mit geballter Kraft und geschickten Winkelzügen gegen die Beschränkung seiner Macht zur Wehr setzen wird. Seine Karten dafür sind gut, denn er hat alles, was man braucht, um die eigene Macht weiter zu erhalten und zu festigen: Erzeugungs- und Verteilungsanlagen, eine leistungsfähige Verwaltungs- und Abrechnungsstruktur, auf allen Teilgebieten hochqualifizierte und erfahrene Fachkräfte und – nicht zuletzt – sehr viel Geld, um jedes Angebot eines Konkurrenten zu unterbieten und ihm damit die Existenzgrundlage zu nehmen.

Neu gegründete Kreiswerke haben von alledem nichts! Trotzdem kann so ein Vorhaben gelingen. Immerhin gibt es dutzende Beispiele.

Voraussetzung ist jedoch:

- sehr viel Mut der Akteure,
- der entschlossene Wille aller Kommunen des Landkreises und einer qualifizierten Mehrheit der Bürger, die Versorgung mit elektrischem Strom in die eigenen Hände zu nehmen,
- die für den Aufbau erforderlichen hochqualifizierten Fachkräfte zu gewinnen,
- das notwendige Startkapital bereitzustellen
- den finanziellen Verlockungen des Monopolisten zu widerstehen.

So lange diese Voraussetzungen nicht erfüllt sind, bleiben »Kreiswerke« ein Traum.

Der gegenwärtige Stand, Versorgungsposten zu schaffen und Anwaltskanzleien zu füttern, die nichts weiter produzieren als bunt bedrucktes Papier, weil sie nicht wirklich etwas leisten können, wird uns dem Ziel keinen Millimeter näher bringen.

Handlungsempfehlungen:

In einer breiten Kampagne, die wenig kostet, aber viel Engagement erfordert, ist in den Kommunalverwaltungen und bei allen Bürgerinnen und Bürgern die Überzeugung zu ent-



FOTO: GERD WARRMANN

Die Energie-Infrastruktur ist seit dem (rechtswidrigen, aber dennoch gültigen) Verkauf der Stadtwerke in Eberswalde nahezu vollständig in der Hand überregionaler Energiekonzerne. Die Kreis-Energiewerke wurden inzwischen zur Idee, die Energieversorgung wieder zurück in die kommunale Hand zu holen.

wickeln, daß die dezentrale Erzeugung und Verteilung von Energie in jeder Form der Zentralwirtschaft der Konzerne in jeder Beziehung, insbesondere auch finanziell, überlegen ist. Entscheidend für die Gewinnung der Bürger für diese Idee ist der Nachweis, daß sich das – auch finanzielle – Engagement jedes Einzelnen für die Schonung der Ressourcen und der Natur und damit schließlich für jeden auch finanziell lohnt.

Wenn es nicht gelingt, eine breite Öffentlichkeit für dieses Vorhaben zu begeistern, dann sind – auch dieses Ergebnis muß dann akzeptiert werden – kreisliche Energiewerke nicht machbar. (In diesem Sinne haben alle bisherigen Ausarbeitungen eine Machbarkeit nicht nachgewiesen!)

Auf gutachterliche Stellungnahmen mit Formulierung von Voraussetzungen und Bedingungen, an deren Schaffung der Gutachter sich nicht beteiligen kann und will, können wir ebenso verzichten wie auf die Ausarbeitung von Vertragsentwürfen – jedenfalls so lange, wie die Vertragspartner noch gar nicht gewonnen werden konnten.

JOHANNES MADEJA

Eberswalde keine Waldstadt mehr

Eberswalde (IbBiS). Wie aus dem Rathaus seitens der aktuellen Rathausschlüsselinhaver verlautet, soll die Stadt Eberswalde demnächst in »Eberse« umbenannt werden. Dies ist einer Mitteilung der Initiative für baumloses Bauen in der Stadt (IbBiS) zu entnehmen. Mit der Streichung des Wortteils »wald« werde der altertümliche Name der Stadt, der sich noch auf Zeiten bezieht, als gleich hinter der Stadtmauer der Urwald mit vielen wilden Ebern begann, endlich den modernen Bedingungen angepaßt.

IbBiS lobt ausdrücklich die aktuellen Aktivitäten. So sei erfreulicherweise ein großer Teil der lästigen Straßenbäume in der Potsdamer Allee auf professionelle Art und Weise binnen einer Stunde rückstandsfrei entsorgt worden, wobei die Äste gleich mittels Schredder zerkleinert wurden. Am gleichen Tag hatte auch die Wohnungsbaugenossenschaft in der Prenzlauer Straße ihren Beitrag geleistet und zwei große Bäume entfernt, die sich in dreier Weise zu nahe an das Wohngebäude gewagt hatten und nahe daran waren, höher als das Haus zu wachsen. Das konnte durch die löbliche Aktion verhindert werden. Selbige Genossenschaft hat sich aktuell auch dazu bekannt, bei ihrem neuen Bauprojekt in der Walter-Rathenau-Straße die Prinzipien des baumlosen Bauens in der Stadt einzuhalten. So kann auch der große Kastanienbaum, der dort vielen Anwohnern schon seit langem ein Dorn im Auge war, endlich fallen. Weitere Auslichtungen des Baumbestandes erfolgten bereits in der Eberswalder Straße in Höhe des Kopernikusrings.

Angesichts dieser Aktivitäten, die nur einen kleinen Ausschnitt der aktuellen Fallsaison beleuchten, sei es nachvollziehbar, heißt es bei IbBiS weiter, wenn die positiven Veränderungen hin zu einer baumlosen Stadt sich auch im Namen widerspiegeln. Die aktuelle Rathausführung sei vor allem für die clevere Idee zu loben, einfach den »wald« aus dem Namen herauszustreichen, was eine ressourcenschonende und unbürokratische Umstellung erlaubt. So müssen beispielsweise keine neuen Briefbögen gedruckt werden. Es reicht, die Druckvorlagen so einzustellen, daß die der Wortteil »wald« mit »xxxx« überschrieben wird.

IbBiS appelliert an alle Städte und Gemeinden sowie an alle Planungsunternehmen, sich die Stadt Eberse (vormals Eberswalde) zu ihrem Vorbild zu nehmen.

Politischer Aschermittwoch

Unter dem Motto »Wir schaffen das – mit LINKS« lädt die Bernauer Linksfraktion zum »Politischen Aschermittwoch« am 12. Februar, um 19 Uhr, ins Bernauer Ofenhaus ein. Vor allem die Bernauer Stadtpolitik wird satirisch aufs Korn genommen. Aber auch Landes- und Bundespolitik bleiben nicht verschont.

Dr. DAGMAR ENKELMANN

»Alles viel profaner«

Eberswalde (bbp) Zur Vermutung einer besonderen politischen Beziehung als »kommunal- und finanzpolitisches 'Traumpaar'«, bestehend aus der Baudezernentin Anne Fellner und dem SPD-Stadtverordneten Daniel Kurth (»Kontrovers diskutiert und JA gesagt« in BBP 1/2016) sagte Anne Fellner: »Manchmal sind die Dinge viel profaner, als von Ihnen vermutet: jede Dezernentin und jeder Dezernent kann nur im Budget des jeweiligen Dezernats Deckungsvorschläge aus Ermächtigungsübertragungen machen, da diese nicht über das Budget hinaus übertragbar sind. So die Regeln, die die StVV beschlossen hat. Das bedeutet ganz schlicht: Ich muß Vorschläge zur Deckung von 'Bauanträgen' bringen - das kann kein anderer! Somit sind die Vorschläge an unserer fachlichen Zuständigkeit orientiert und nicht an politischer Farbenlehre - für die wir als 'Nicht-Wahlbeamte' auch nicht zur Verfügung stehen.« Dementsprechend seien ihre politischen Neigungen, ebenso wie ihre »religiöse, sexuelle oder andere Orientierung - soweit vorhanden«, ihre Privatangelegenheit. »Dabei soll es auch bleiben.« Wobei der Hinweis auf eine erfolgreiche Google-Recherche hinsichtlich ihrer Parteimitgliedschaft »ja schon ein Hinweis« sei.

»Rettet die Alte Schule«

Senftenhütte (hl). Das Gemeindehaus in Senftenhütte ist kein Gemeindehaus, es ist nur als Verkaufsstelle des Konsum zugelassen, so die Auskunft der Unteren Bauaufsicht des Landkreises Barnim auf eine Anfrage des Amtes Britz-Chorin-Oderberg am 23.9.2015.

Die Aktenlage des Bauamts ist aber unzuverlässig, denn es befinden sich nur Bauantrag und Baugenehmigung aus dem Jahr 1972 in der Akte. Daß das Haus danach als Versammlungsort der Gemeinde, als Wahllokal und für Familienfeiern genutzt wurde, daß Mietverträge über einzelne Räumlichkeiten abgeschlossen wurden, alles dem Amte unbekannt. Entscheidend ist die Aktenlage. Ein Sieg der Bürokratie über die Wirklichkeit. Deshalb dürfen auch die gemeinnützigen Vereine und auch die Gemeinde das Haus nicht mehr nutzen.

Seit dem 1.10.2015 ist dem Kultur- und Bildungsverein Alte Schule Senftenhütte e. V. das Haus versperrt und seit dem 31.12.2015 ist auch die Kündigung für den Keramikhütte e.V. wirksam. So kommt die Gemeinde ihrer Aufgabe nach §2 der Kommunalverfassung nach: »Die Gemeinde fördert das kulturelle Leben und die Vermittlung des kulturellen Erbes...«

Die Alte Schule Senftenhütte ist das letzte Haus im kommunalen Eigentum in Senftenhütte. Statt es zu entwickeln, drohen Verkauf oder Verfall. Noch ist das letzte Wort nicht gesprochen, noch können die Weichen richtig gestellt werden. Am 3. Februar tagt der Entwicklungsausschuß der Gemeinde Chorin. Die Vereine appellieren an die Gemeindevertretung: **Rettet die Alte Schule! Nutzt die EU-Förderprogramme! Sanierung statt Verkauf!**

HeideLiner in der Tourismusregion

Neue Buslinie zwischen Groß Schönebeck und Groß Väter See

Groß Schönebeck (prest-bar). Eine neue Buslinie soll die Tourismusregion Schorfheide künftig noch attraktiver machen. Einen entsprechenden Vertrag haben nun öffentliche und private Partner unterschrieben. »Wir wollen gemeinsam das Angebot im öffentlichen Nahverkehr verbessern. Die Kosten dafür müssen wir aber auf viele Schultern packen. Es ist daher schön, daß wir solch eine Kooperation zustande gebracht haben«, zeigt sich Barnims Wirtschaftsdezernent Carsten Bockhardt erfreut. »Wir haben damit ein Zeichen gesetzt, was alles gehen kann.«

Der neue HEIDELINER verkehrt ab Karfreitag zwischen Groß Schönebeck und dem Feriendorf Groß Väter See. Die neue Buslinie beginnt dort, wo die aus Berlin kommende Heidekrautbahn der Niederbarnimer Eisenbahn (NEB) ihre Endstation hat: am Bahnhof Groß

Schönebeck. Von Freitagnachmittag bis Sonntagabend können Touristen mit dem HeideLiner bis in das 15 Kilometer entfernte Feriendorf Groß Väter See weiterfahren. Unterwegs macht der Kleinbus am Wildpark Schorfheide und am Kletterwald Schorfheide Halt. Allein der Wildpark zählt jährlich 100 000 Besucher.

Die Fahrzeiten des Busses sind mit denen der Heidekrautbahn (Regionalbahn RB 27) abgestimmt, sodaß am Bahnhof keine Wartezeiten entstehen. Der Busfahrtschein kann bereits mit dem Zugticket erworben werden. Wer bis zum Feriendorf Groß Väter See fahren will, bezahlt für die Einzelfahrt nach Regelarif 2,20 Euro.

Vom Ostern bis Oktober fährt der neue Touristenbus. Vorerst zwei Jahre soll die neue Buslinie in Betrieb sein. Innerhalb des ersten und des zweiten Jahres wird das Angebot evaluiert.

Innen oder Außen

Das Baugebiet Lindenberg Süd

Auf der Tagesordnung der Sitzung der Gemeindevertretung Ahrensfelde-Blumberg am 18. Januar stand u.a. eine Beschlüßvorlage der Bauverwaltung, in der es um die Zustimmung der Gemeindevertretung zur Aufstellung des Bebauungsplanes »Lindenberg Süd« ging. Das Plangebiet umfaßt eine Fläche von 6,7 Hektar.

Antragsteller ist die GbR Alte Schulstraße, die dort ein allgemeines Wohngebiet mit Ein- und Zweifamilienhäusern sowie kleinteilige Mehrfamilienhäuser in zweigeschossiger Bauweise errichten will. Der Geltungsbereich des Bebauungsplanes ist dem Außenbereich i.S. § 35 Baugesetzbuch (BGB) zuzuordnen, hält die Bauverwaltung fest.

Als jedoch die Beschlüßvorlage aufgerufen wurde, baten die Einreicher plötzlich um eine Erweiterung, wonach der Bebauungsplan (B-Plan) gemäß § 13 BGB als B-Plan der Innenentwicklung ohne Umweltverträglichkeitsprüfung erstellt werden soll. Zugleich soll nun mittels Einzelvertrag auf die gesetzlich vorgeschriebenen Ausgleichsmaßnahmen verzichtet werden. Dieser Verzicht sei möglich, erfuhr ich auf Nachfrage, weil der Investor sich dazu bekannt habe, Anpflanzungen außerhalb des Geltungsbereichs des B-Plans vorzunehmen, was so in den städtebaulichen Vertrag aufzunehmen wäre. Ich habe diese dubiose Verfahrensweise abgelehnt und gefordert, die Ausgleichsmaßnahme/Ausgleichszahlung, wie gesetzlich gefordert, konkret finanziell und standortbezogen vertraglich zu binden und im Gemeindegebiet zu realisieren.

Legt man andere B-Pläne zugrunde, wäre mit Ausgleichszahlung in Höhe von mehr als 300.000 € zu rechnen. Allerdings wurde in früheren Fällen das Geld an den Ausgleichspool des Landkreises weitgereicht, weil die

»DIE NATUR IST KEIN AUSFLUGSZIEL.

SIE IST UNSER ZUHAUSE.«

GARY SNYDER, US-amerikanischer Schriftsteller



Gemeinde keine Flächen für Anpflanzungen zur Verfügung habe. Nun scheint es solche Flächen zu geben, die aber der Investor in eigener Regie bepflanzen will. Seltsam.

Aber es soll ja auch auf die Umweltverträglichkeitsprüfung verzichtet werden. Dabei geht es hier um 80 Wohngebäude mit entsprechend hoher Einwohnerzahl, was eine enorme zusätzliche Verkehrs-, Lärm- und Luftbelastung zur Folge hat. Betroffen davon ist unter anderem die anliegende Kita in der Ahrensfelder sowie die Anlieger der Karl-Marx- und der Alten Schulstraße.

Dieses Jonglieren mit dem Innen- und Außenbereich wurde seitens der Bauverwaltung von Ahrensfelde-Blumberg, die den schönen Namen »Amt für Infrastruktur und Umwelt« trägt, schon mehrfach praktiziert. Im aktuellen Fall kann der Investor nun den B-Plan im »beschleunigten Verfahren« aufstellen ohne Umweltverträglichkeitsprüfung. Der Investor spart so Zeit und Geld.

Die Mehrheit der Gemeindevertreter vertrauen der »Fachkompetenz« der Bauverwaltung und nickte die Vorlage entsprechend ab. Neben mir äußerte nur noch WINFRIED WOLF (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Widerspruch.

Wir »UNABHÄNGIGEN« werden den Beschluß und das beabsichtigte Bauleitverfahren von den oberen Behörden auf Rechtmäßigkeit prüfen lassen.

Dr. WOLFGANG UNGER

Nach dem Urteil zur 380kV-Freileitung:

»Rechtswidrig«

Einige Fragen an das Landesamt für Bergbau, Geologie und Rohstoffe (LBGR)

»Rechtswidrig und nicht vollziehbar«, lautet die Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts (BVerwG) vom 21.1.2016 zum Planfeststellungsbeschluss für die 380kV-Freileitung von Bertikow (Prenzlau) nach Neuenhagen (Berlin). Ein Erfolg für die Kläger, u.a. den NABU-Brandenburg, eine Zäsur im nahezu achtjährigen Ringen um die 380kV-Freileitung, die auch Eberswalde queren soll.

Man sah den Vertretern von 50 HERTZ und des LBGR, das ist die Genehmigungsbehörde, die Erleichterung an, daß das Gericht nicht die »Höchststrafe«, Aufhebung des Planfeststellungsbeschlusses, verhängte, sondern ihnen »nur« die Rechtswidrigkeit ihres Unterfangens attestiert hat. Auch darin zeigt sich der Verlust des Rechtsbewußtseins. Statt in sich zu gehen, tönt es sofort auf allen Kanälen: »Wir machen weiter wie bisher«. Es seien nur ein paar »Nachbesserungen« im Vogelschutz erforderlich und dann werde die Leitung, deren Erforderlichkeit und optimale Trassenführung das Gericht ja geradezu bestätigt habe, gebaut. »Keine Fehlerdiskussion, wir schauen nach vorn!«, sagte man früher. Ein Skandal, der nicht erkannt wird.

Wer thematisiert den Skandal?

Zunächst wirft die Rechtswidrigkeit des Planfeststellungsbeschlusses einige Fragen an die Genehmigungsbehörde auf:

Wie konnte es dazu kommen, daß ein rechtswidriger Planfeststellungsbeschluss erteilt wurde, nachdem das Verfahren vier Jahre gedauert hatte und Dr. Freytag der Bürgerinitiative in einem Schreiben versichert hatte, daß die Genehmigungsbehörde »ergebnisoffen« prüfe?

Wie konnte der rechtswidrige Beschluss ergehen, obwohl im Planfeststellungsverfahren unser Gutachter Dr. Martin Flade wiederholt die Einhaltung der vogelschutzrechtlichen Vorgaben – die Leitung tangiert drei europäische Vogelschutzgebiete – angemahnt hatte?

Fehlte es an der notwendigen Distanz von Antragsteller und Genehmigungsbehörde? Sah sich die Genehmigungsbehörde vielleicht sogar Pressionen aus dem Wirtschaftsministerium ausgesetzt? Oder hatte das publizistische Dauerfeuer »Energiewende sichern« hier eine unbeabsichtigte Wirkung?

Welcher Geist herrscht in der Behörde?

Wie geht man mit dem Vertrauensverlust um, den eine rechtswidrige Erteilung eines Planfeststellungsbeschlusses für ein großes Infrastrukturprojekt impliziert? Schließlich geht es ja nicht nur um eine rechtsfehlerhafte Genehmigung eines Carports im Außenbereich!

Wer klärt diese Fragen?

Das BVerwG – eine Bastion konservativer Rechtsprechung

Es ist nicht so, daß das Gericht plötzlich ganz neue Maßstäbe des Vogelschutzes aus dem Hut gezaubert hätte. Das Bundesverwaltungs-

gericht ist dafür bekannt, daß seine Rechtsprechung zutiefst konservativ, das heißt, an der herrschenden Meinung orientiert Recht spricht. Innovationen sind nicht zu erwarten und waren auch in diesem Verfahren nicht feststellbar, obwohl das Gericht diesmal wirklich die Chance vertan hat, Rechtsgeschichte zu schreiben und die deutsche Rechtsprechung bezüglich der Bürgerbeteiligung an die europäische Rechtsprechung heranzuführen. Dazu später.

Auch Eberswalde bleibt in der Nichtvollziehbarkeit

Die Erklärung der Nichtvollziehbarkeit des Planfeststellungsbeschlusses, eine zwingende Konsequenz von dessen Rechtswidrigkeit, bezieht sich auf die gesamte Trasse, obwohl 50 HERTZ gegen Ende der mündlichen Verhandlung am 2.12.2015, als absehbar war, daß das Gericht wegen Verstößen gegen den Vogelschutz den Planfeststellungsbeschluss nicht »durchwinken« werde, beantragt hatte, die südliche Hälfte der Trasse, die Strecke von Neuenhagen bis Golzow aus der Nichtvollziehbarkeit auszunehmen, um schon mal hier mit dem Bau der so »dringend erforderlichen Leitung« beginnen zu können. Wäre das Gericht dem gefolgt, dann hätte 50 HERTZ in Eberswalde die geplanten Zwei-Ebenen-Masten hochziehen können. Doch unser Anwalt hat dieses Ansinnen zurückgewiesen, denn es ist technisch sinnlos, eine 380kV-Leitung mit einer 220kV-Leitung zu verbinden und in Golzow steht nun mal kein Umspannwerk, es ist auch keines geplant.

Aber so erfreulich das Urteil für die Kläger ist, deren Klage, wie das Gericht, auch mit Blick auf die Kostenentscheidung, LBGR und 50 HERTZ teilen sich die Gerichtskosten, erklärte, »überwiegend erfolgreich« war, so bedenklich sind doch einzelne Elemente dieser Entscheidung. Ich greife das wichtigste heraus:

Bedenklich: Verfahrensrechtliche Verstöße bleiben folgenlos

Unser Anwalt hatte erhebliche verfahrensrechtliche Verstöße geltend gemacht, die das Gericht auch anerkannt hat. Der EU-Bürgerbeteiligungsrichtlinie folgend hätten diese Verstöße die Aufhebung des Planfeststellungsbeschlusses zur Folge haben müssen. Da plädierte der Rechtsbeistand des LBGR, das übrigens eine teure Kanzlei aus Leipzig mit der Verteidigung seines Planfeststellungsbeschlusses beauftragt hatte, da man sich nicht in der Lage

sah, seine Arbeit vor Gericht selbst zu vertreten(!), daß, der herrschenden Meinung in der Rechtsprechung folgend, diese Verstöße gegen die Beteiligungsrichtlinie unerheblich, da nicht ergebnisrelevant seien. Die Vertretung der Bürgerinteressen in diesem Verfahren sei optimal gewesen, immerhin habe sich eine Bürgerinitiative gebildet, die mehr als 1.200 Einwendungen mobilisiert habe und die Kritiker des Vorhabens hätten auch einen exzellenten Fachbeistand organisiert, der in allen Phasen des Planfeststellungsverfahrens seine Einwände vorbringen können. Insofern seien die Verstöße gegen die Bekanntmachung des Vorhabens irrelevant.

Für dieses vergiftete Kompliment bedanken wir uns herzlich. Es führt schließlich dazu, daß der Erfolg unserer Arbeit gegen uns gewendet wird, eine absurde Argumentation. Gleichwohl hat der 4. Senat sich dieser Argumentation angeschlossen und die Aufhebung des Planfeststellungsbeschlusses abgelehnt.

Unglaublich hellsichtige Richter

Man fragt sich, wie die Richter dazu kommen, die »Überzeugung« zu gewinnen, »daß die angegriffene Entscheidung ohne die Fehler nicht anders ausgefallen wäre«. Hier attestiert sich das Gericht eine gewisse Hellsichtigkeit, die ihm allenfalls die Nutznießer dieser Entscheidung zugestehen werden.

Demgegenüber ist festzuhalten, daß die Schwerpunkte der Aktivitäten der BI in der Stadt Eberswalde und im Biosphärenreservat lagen und es durchaus denkbar ist, daß bei einer korrekten Bekanntmachung auch auf der Südstrecke der Trasse von Neuenhagen bis Grüntal Betroffenheiten hätten artikuliert werden können, von denen wir eben wegen der fehlerhaften Bekanntmachung nichts wissen.

Eine detaillierte Urteilschelte werden wir nach der Lektüre der schriftlichen Urteilsbegründung veröffentlichen.

Wirtschaftsminister Gerber offenbart Beratungsbedarf

Äußerst befremdlich aber ist die Reaktion des Brandenburger Wirtschaftsministers Gerber, der die Rechtsaufsicht über das Landesbergamt führt, wenn er im Interview mit rbb sagt: »Es gibt jetzt ein paar Nachbesserungen in einem ergänzenden Verfahren, die wir gemeinsam mit dem Netzbetreiber umsetzen wollen.« Et was mehr Distanz zu 50 HERTZ bitte, Herr Minister! Vor der Umsetzung der »Nachbesserungen« ergeht hoffentlich eine gründliche Prüfung. Der Wirtschaftsminister offenbart hier dringenden Beratungsbedarf durch seinen Kollegen, den Justizminister. Vielleicht wäre auch die Rechtsaufsicht über das LBGR besser in dessen Ressort aufgehoben.

Nicht »weitemachen wie bisher« ist die Parole, sondern »umdenken und umschwenken!«

HARTMUT LINDNER,

Sprecher der Bürgerinitiative: Biosphäre unter Strom – keine Freileitung durchs Reservat!

Ein bißchen Hintergrund

Die Silvester-Geschehnisse auf dem Kölner Domplatz und die anschließende Rezeption in den Massenmedien ließen viele Menschen erschrecken. Es war Wasser auf die Mühlen der sogenannten »Wutbürger«, die den Rechtspopulisten aller Couleur als Fußvolk dienen. Die Regierung reagiert wie immer hektisch, vortäuschend, sie habe das Heft des Handelns in der Hand und zeigt doch nur ihre Hilflosigkeit.

Alle reden darüber und durcheinander, aber kaum jemand versucht mal, etwas tiefer zu blicken und nach Ursachen zu forschen.

Etwas Aufklärung gibt das, was Marwan Hassan, ein Eberswalder mit deutsch-ägyptischen Wurzeln, den Mitgliedern des Runden Tisches »Willkommen Eberswalde« schrieb.

Er stellt zunächst klar, daß die Mehrheit der Köln-Täter nicht pauschal Nordafrikaner waren, wie in den Medien verallgemeinert wird, sondern Migranten aus dem Arabischen Maghreb. Das sind Marokko, Algerien und Tunesien. »Ich habe in den Niederlanden gelebt und gearbeitet und meine Frau ist aus Belgien. Die Gewaltkriminalität von Migranten aus diesen Ländern, insbesondere aus Marokko und Algerien, ist dort allgegenwärtig. Nicht anders ist es in Frankreich.« Natürlich sei nur ein Teil dieser Einwanderer kriminell und gewalttätig. »Aus diesen Ländern kommen auch große Denker und Künstler«, so Marwan Hassan, »aber es wäre gelogen, wenn man das Phänomen einfach verschweigt«.

Marwan Hassan kennt dafür verschiedene Erklärungen. Zum einen existieren in Europa tatsächlich patriarchalische Ghettos, in denen Regeln herrschen, die selbst in den Ursprungsländern nicht mehr existieren. Das ist nicht unbedingt ein arabisches maghrebinisches Phänomen. Solche »archaischen« Traditionen können bei vielen Kolonien weltweit beobachtet werden. »Auch etwa deutsche Kolonien in Latein-Amerika, oder das Afrikaans, welches ein altes Niederländisch ist aus Südafrika usw. Es liegt also nahe, daß bei Ghettobildungen die Migranten sich verstärkt an alte Gebräuche halten und dies über längere Dekaden behalten.« Ähnliches würden auch türkische Touristen über türkische Viertel in Deutschland berichten.

»Ein weiteres Problem welches ich persönlich erkenne ist, daß im Maghreb viele junge Leute kein Arabisch sprechen und so ihren Glauben und die Argumentationen, diesen zu begründen, nur aus Mythologien kennen. Jegliche Primärquelle ist ihnen verschlossen. Viele von ihnen sprechen nur Französisch oder Berberisch. Dazu kommt die Perspektivlosigkeit, Armut, Bildungsferne usw.«

Die Perspektivlosigkeit in den Slums europäischer Städte hat freilich auch mit Versäumnissen der einstigen Kolonialherren zu tun, die Einwanderer gern als billige Arbeitskräfte nahmen. Als deren Arbeitskraft infolge kapitalistischer Krise und der Umstrukturierungen der 3. industriellen Revolution nicht mehr gebraucht wurde, eskalierten die Probleme. Zum Schluß nochmal Marwan Hassan: »Doch die Ursachen legitimieren nicht die Taten.« G.M.

Danke für Ihre Gastfreundschaft

Eine Stellungnahme der syrischen Flüchtlinge in Eberswalde

Wir als syrische Flüchtlinge wollen unser Entsetzen über die Taten zur Silvesternacht durch überwiegend Migranten vom Arabischen Maghreb zum Ausdruck bringen. Wir wollen Ihnen sagen, daß wir schätzen, wie Sie uns in die Arme genommen haben, trotz aller Schwierigkeiten. Es tut uns bitter leid, was den Frauen an dieser Silvesternacht geschehen ist. Ihre Schwestern sind unsere Schwestern und ihre Mütter und Töchter sind wie unsere Mütter und Töchter. Wären wir dabei gewesen, hätten wir diese Täter mit allem, was uns an Kraft zur Verfügung steht, gestoppt.

Als die Welt uns ablehnte, während wir vom Krieg geflohen sind, waren Sie diejenigen, die uns großzügig empfangen haben und die Tore und Häuser geöffnet haben. Sie haben uns wie Familie behandelt und uns die Last des Schreckens vom Krieg abgenommen durch Liebe und Gastfreundlichkeit. Wie dann sollte es anders sein, als daß wir dazu eilen, Ihren Frauen, Kindern und Schwachen zu helfen?!

Wir wissen, daß wir aus verschiedenen Kulturen und Traditionen stammen und daß die Freiheiten, insbesondere die persönliche Freiheit, hier eine hohe Stellung haben. Wir schätzen diese und zollen dieser Einstellung jeden Respekt. Letztendlich ist es Ihre Einstellung, welche Sie dazu bewegte, uns zu helfen. Wir wissen, daß auch unter uns es mit Gewißheit schwache Persönlichkeiten mit falschem Herzen gibt, wie es in jeder Menschengruppe ist. Aber wir alle, selbst die schwächsten Persönlichkeiten unter uns, sind durch diese Ereignisse vereckelt und entsetzt.

Und zu diesen, die hier nicht friedlich zusammenleben wollen und die dieses gute Volk, welches sie großzügig empfangen hat, nicht respektieren, sagen wir, daß sie ausreisen sollen. Es ist besser für die Einheimischen und für die friedlichen Flüchtlinge, die sich in dieser noblen und wertvollen Gesellschaft einbringen wollen.

Und so wollen zugleich wir Ihnen in dieser Stellungnahme zwei Sachen versprechen.

Erstens: Wir versprechen, daß wir keine Mühe scheuen und unser allerbestes tun, um Deutsch zu lernen, daß wir wirksame und produktive Bürger in Ihrem Land werden, daß wir helfen werden, eine Zukunft zusammen aufzubauen. Wir bringen unsere Erfahrungen mit und lernen von Ihrer Kultur und Ihren Erfahrungen. Wir wollen unsere Gedanken und Ideen mit Ihnen austauschen.

Zweitens: Wir versprechen, daß wir die ersten sind, die Kriminalität oder Überschreitungen ablehnen. Wir beobachten uns selbst und wollen die ersten sein, die solche oder irgendwelche andere Taten unterbinden.

Wir haben gesehen, was kein Auge sehen soll, durch Krieg, Zerstörung und Vernichtung. Wir sind diejenigen, die am meisten darauf achten, friedlich und freundlich zusammenzuleben. Danke für Ihre Gastfreundschaft, sie ist uns ein Vorbild und ein Vorbild für die Welt um uns.

Übersetzung aus dem Arabischen von MARWAN HASSAN

Diesen Brief hatten schon am ersten Tag mehr als 150 Syrerinnen und Syrer, die in Eberswalde leben, unterschrieben.

Integration in den Arbeitsmarkt

Eberswalde (thj). Schon im Jahr 2014 war bei der Kreisverwaltung eine Arbeitsgruppe gebildet, die sich mit der viel zu geringen Zahl an Unterbringungsmöglichkeiten für Flüchtlinge und Asylbewerber befaßte. Inzwischen erweiterte sich deren Aufgabenspektrum. Die AG heißt nun »Unterbringung und Integration«. Dementsprechend befaßte sie sich auf ihrer ersten Sitzung im neuen Jahr am 19. Januar mit der »Integration in den Arbeitsmarkt«. Dafür ist das Dezernat für Kreisentwicklung mit Carsten Bockhardt an der Spitze zuständig. Die Kreisverwaltung habe bereits mit der Arbeitsagentur und dem Jobcenter eine gemeinsame Arbeitsgruppe gegründet.

Die bisherigen Notunterkünfte in Eberswalde (Eisenbahnstraße und Ossietzkystraße) firmieren künftig als Erstaufnahmeeinrichtungen des Landkreises. Dort sollen zunächst alle im Barnim ankommenden Flüchtlinge untergebracht werden. Der Aufenthalt soll nicht länger als zwei Wochen dauern, in denen sich alle

Flüchtlinge beim Gesundheitsamt, beim Grundsicherungsamt und bei der Ausländerbehörde vorstellen. Die Flüchtlinge sollen nach ihren Herkunftsländern sortiert werden. Menschen aus Syrien, Irak, Iran und Eritrea werden einem Unterbringungsmanager vorgestellt, alle anderen nicht. Dieser Unterbringungsmanager soll vor allem herausbekommen, ob die Flüchtlinge im Barnim bleiben wollen, welche Qualifikationen sie haben und in welchen Bereichen sie arbeiten wollen.

Je nach ihrer Antwort werden die Flüchtlinge dann in die entsprechende Unterkunft geschickt: Gesundheit und Pflege – Hoffnungstaler Stiftung in Lobetal; Produzierendes Gewerbe und Dienstleistungen – EJJ in Bernau; Landwirtschaft und Forst – KJHB gGmbH in Lichterfelde; Hotel- und Gaststättengewerbe – Berufsbildungsverein Eberswalde e.V. (Finesse); Ausbildung und Studium – Vorhandene Kapazitäten an den Oberstufenzentren und Gymnasien in Bernau, Wandlitz, Eberswalde. Alle anderen Flüchtlinge sollen auf die übrigen Unterkünfte verteilt werden.

www.maxe-eberswalde.de

Flüchtlinge und Wirtschaftswachstum

Berlin/Eberswalde (bbp). Verschiedene Wirtschaftsinstitute der BRD haben errechnet, daß die zusätzlichen Ausgaben für Flüchtlinge im



Foto: Pressestelle der Kreisverwaltung Barnim

Kreisdezernentin Silvia Ulonska von Flüchtlingskindern umringt.

laufenden Jahr zu einer Erhöhung des Brutto-sozialprodukts um 0,2 % führen werde. Neben dem zusätzlichen Konsum durch die Flüchtlinge selbst schlagen hier auch der Umsatz für die Unterbringung und die neu geschaffenen Stellen zur Flüchtlingsbetreuung zu Buche.

In Eberswalde profitieren nicht zuletzt die Wohnungsunternehmen von der Einwanderung. So konnte die stadt-eigene WHG Wohnungsbau- und Hausverwaltungsgesellschaft auf den geplanten Abriß von 90 Wohnungen in der Potsdamer Allee verzichten. Die für den Abriß vorgesehenen Fördermittel hat das Land Brandenburg inzwischen für die Herrichtung der Wohnungen bereitgestellt.

Größere Probleme für die deutsche Wirtschaft könnten entstehen, falls den Rufen nach Wiedereinführung der Grenzkontrollen innerhalb der Europäischen Union gefolgt würde. Das jährliche Wachstum, das aktuell mit 1,5 % beziffert wird, würde durch die Grenzschließung um etwa 2 Prozentpunkte absinken – was bedeutet, daß die deutsche Wirtschaft in ein sogenanntes Minuswachstum, sprich: in eine Wirtschaftskrise geraten würde.

Ein Spiel mit Worten

Wann habt ihr das letzte Mal mit Worten gespielt? Vielleicht auf der Arbeit? Auf dem letzten gemütlichen Abend mit Freunden? Möglicherweise lest ihr aber auch nur gern und fragt euch, wie die Menschen, Situationen, Gefühle, Ideen plötzlich zum geschriebenen Wort werden? Das könnt ihr auch – denn Schreiben ist eine Kunst, die »einfach machen« erfordert.

Da die meisten Dinge gemeinsam sehr Freude bereiten, möchte ich im Frühjahr ein Schreibspiel anbieten und freue mich auf weitere Interessierte. Es sind keine Vorkenntnisse erforderlich: Ihr braucht nicht mehr als etwas Zeit von eurem Wochenende, Muße, euch selbst, Stift und Papier. Der Workshop kann im Zwischenraum Eisenbahnstraße 69 stattfinden.

Den genauen Termin möchte ich mit euch abstimmen, deshalb schreibt mir einfach, wenn ihr auch dabei sein möchtet.

Noch eine Erklärung, was ihr euch unter einem Schreibspiel vorstellen könnt:

Ein Schreibspiel ist im weitesten Sinne eine kreative Anregung. Das bedeutet, daß Vorgaben gemacht werden, die dann relativ frei in Wort und Schrift umgesetzt werden können.

Ein mögliches Beispiel wäre es, einen Text mit »Auf dem Weg nach Alabama hatten wir zwei Fliegen im Auto...« zu beginnen. Die Teilnehmer können dann den Ort, wohin ihre Figuren auf dem Weg sind, frei wählen. Damit ergeben sich schon eine Menge an Anregungen und Fragen, die beantwortet werden können: Wohin sind sie unterwegs? Wer ist alles dabei? Was erhoffen sie sich von dem Ort, was wollen sie dort tun? Wie sind die Fliegen ins Auto gelangt? Wie ist die Stimmung im Auto- wird ge-

redet oder geschwiegen? Was ist es für ein Auto? Wem gehört es? Hat es Macken oder ist es brandneu? Haben die Mitfahrer es eilig oder ist es eher eine gemütliche Spazierfahrt? Und so weiter und so fort... Euch fallen bestimmt noch eine Menge mehr Fragen ein.

Am Ende des Schreibspiels liest jeder vor, was sie/er geschrieben hat. Dabei beurteilen wir den Text nicht(!). Viel eher hören wir, was andere aus dem Schreibspiel gemacht haben, freuen uns über die verschiedenen Möglichkeiten. Und schmunzeln an der ein oder anderen Stelle, wenn wir bemerken, daß wir doch alle das gleiche Spiel gespielt haben.

Noch ein paar Worte zum Hintergrund: Ich habe als Schülerin 5 Jahre lang an den Angeboten der SCHREIBENDEN SCHÜLER E.V. teilgenommen (was ich den Eltern unter euch wirklich ans Herz legen kann). Daher kenne ich die grundlegenden Abläufe von Schreibspielen (und Textkritik). Mit Schülern der 9. Klasse habe ich einen ähnlichen Workshop schon einmal durchgeführt, ebenso habe ich an einer Seminarleiterschulung der SCHREIBENDEN SCHÜLER E.V. teilgenommen. Da das alles ein wenig her ist und die Teilnehmer weniger homogen sein werden (worauf ich mich sehr freue), werde ich mich wahrscheinlich auch wie ein junges Reh fühlen, das noch etwas wackelig auf den Beinen ist. Das gern gemeinsam mit euch.

Schreibt mir unter ulrike.gatz@gmail.com, wenn ihr dabei sein möchtet. Ich sammle dann eure Wunschtermine und lege ein doodle an. Dann können wir entscheiden.

ULRIKE GATZ

Aus: zwischenraum@lists.eberswalde.org

Moor macht sich zum Max

Um es freundlich zu sagen: Max Moor ist dabei, den RBB mit Haut und Haaren zu seiner Sache zu machen. Es kommt vor, daß der kultursuchende Bauer ein halb Dutzend mal pro Woche »präsent« ist, mal talkend, mal interviewend, mal einfach nur so; der Mann leidet an panischer Angst, nicht wahrgenommen zu werden. Mit dem Staatsobershaupt aus Rostock hat der Mann aus der Schweiz die sanfte, aber kaum getarnte Eitelkeit gemeinsam, die er allerdings lässiger vorführt als Gauck, der immer im feinen Zwirn antreten muß, wenn er auftritt und sich es verkneifen muß, sein Staunen mit dem Bellruf »WOW« (Wau) zu unterlegen. Wie Max, der kürzlich noch Dieter hieß, das gern tut. »Das haben Sie alles allein gemalt? Wau!«

Es scheint, als ob die Brandenburger Fernsehritzen den schönen Menschen, der in seiner Heimat als Dreisätze-Statist filmisch aktiv war, als eine Art Gottesgeschenk betrachten. Ein leibhaftiger Schweizer verirrt sich in die märkische Heide, welch Gnade. Also her mit fesselnden Aufträgen und immer wieder angefragt: Womit können wir dienen? Auffallend ist die gekonnte Art der Selbstinszenierung, die Moor auch dann betreibt, wenn eigentlich andere das Objekt seiner Begierde sind. Spricht er mit einem Berühmten, wird dafür gesorgt, daß Max M. – die Anfahrt und die Verabschiedung eingerechnet – wenigstens ebenso lang im Bild ist wie die Gesprächspartner, denen er nie widerspricht, die er nie wirklich genau befragt.

Nachdem uns Max, sicher auf tausendfachen Wunsch der Bevölkerung, zwei biografische Erlebnistexte beschert hat, war abzuwarten, wozu den rührigen Plauderer seine Selbstbeflissenheit nächstens verführt. Man hätte vermuten können, daß er irgendwo für irgendwas die Regie übernehme, Baselitz Modell gessen oder seinen Vornamen in Franz verwandelt hätte. Nichts dergleichen, obwohl das ja entschuld- und erklärbar gewesen wäre. Stattdessen entblödete er sich nicht, in der peinlichsten aller ZDF-Sendungen Arm in Arm mit einer Südfrucht namens Kiwi aufzutreten.

Dr. STEFFEN PELTSCH

Aus dem Regen in die Traufe

Flüchtlinge, die sich und ihre Familien in Sicherheit bringen wollen, was machen sie alles durch? Wie viele Flüchtlinge sind ertrunken, in Lastwagen erstickt? Die jungen Männer will man ja in Arbeit bringen. Sie lassen sich gut ausbeuten. Aber was soll mit den Frauen und Kindern passieren? Die sind doch nur eine Belastung, die sich nicht rechnet.

Sie glauben in Sicherheit zu sein, vor Bomben und Terroristen. Und treffen hier auf haßerfüllte Faschisten, die sich nicht scheuen, Flüchtlingsunterkünfte in Brand zu stecken. In einem kapitalistischen System werden keine Menschen gerettet, höchstens Banken.

Da ist es ein Glück, daß es noch Solidarität unter den einfachen Menschen gibt.

ELISABETH MONSING

Eine solche Aussage ist der Gipfel der Unverfrorenheit. Das Beitrags- und Abgaberecht in Deutschland mit den darin geregelten Verjährungsfristen ist klar und einfach. Man braucht kein Abitur, geschweige denn ein Jurastudium, um das zu verstehen. Die angebliche Kompliziertheit ist eine plumpe Ausrede. Es war an der Zeit, daß der Minister einräumt, daß die Landesregierung versucht hat, mit einem gesetzwidrigen Kommunalabgabengesetz (KAG) die Bürger des Landes zu schröpfen. Es führt kein Weg vorbei an der schlichten Feststellung, daß drei Gerichtsstanzen hier bewußt Recht gebeugt haben und daß es nur der Standhaftigkeit zweier Klägerinnen zu danken ist, daß der Vorgang nun vor das höchste deutsche Gericht kam, das nun mit seinem Beschluß allen Vorinstanzen und der Landesregierung eine schallende Ohrfeige verpaßt hat. Da ist nichts kompliziert, das ist einfach beschämend. Man muß nur geschehenes Unrecht korrigieren und alles tun, damit nicht neues Unrecht geschieht – so einfach ist das!

Aber dazu scheint Herr Minister nicht bereit zu sein und nur eine Abgeordnete hat das so klar gesagt und gefordert! Der Minister redet von verschiedenen Fallkonstellationen und von externen Gutachten, die er nun einholen will. Es klingt sehr diffus, wenn der – selbst ratlose – Minister davon redet, Verbände und Kommunen beraten zu wollen. Dabei geht es ihm bezeichnenderweise um »Rechtssicherheit«, natürlich im Interesse der Landesregierung, nicht im Interesse der Bürger! Man spürt die Absicht und ist verstümmt! Erst einmal schickt Herr Minister einen Juristen in die Bütt.

RUDOLF KESEBERG ist Abteilungsleiter für die Kommunalaufsicht. Der macht ein bißchen Geschichtsunterricht und versucht vergeblich, die Landesregierung unschuldig aussehen zu lassen und redet dann von Bescheiden, die bestandskräftig geworden sind (obwohl sie rechtswidrig waren – was er aber so nicht sagt). Da muß nichts zurückgezahlt werden, ja da kann sogar weiter vollstreckt werden! Man kann ja um die Aufhebung eines Bescheides klagen. Einen unmittelbaren Handlungsbedarf des Gesetzgebers sieht er nicht, denn das Bundesverfassungsgericht hat ja das (gesetzwidrige) KAG nicht aufgehoben! Also: Wir warten auf das Oberverwaltungsgericht!

Weiter meint er, daß die Verbände sich nun bemühen müssen, mit dem Beschluß umzugehen und ihre »Verluste« auszugleichen. Zugleich schiebt er hilfesuchend nach »Institutionen« wie dem Wasserverbandstag und dem Städte- und Gemeindebund, das ist die »Lobby«, die an der jetzigen Situation eine gehörige Portion Mitschuld trägt. Wie es im Kopf des Herrn Keseberg aussieht, erhellt folgender Satz: *Das Verfassungsgericht hat weder den § 8 Abs. 7 Satz 2 nach neuer Fassung noch sonstige Vorschriften des KAG für verfassungswidrig erklärt, sondern lediglich die Anwendung – die in bestimmten Fallgruppen von beitragsrechtlichen Veranlagungen für verfassungswidrig gehalten wird. Das KAG ist also nach seiner Auffassung nicht ver-*

Überraschung und Ratlosigkeit

Anmerkungen zu einer Innenausschußsitzung des Landtages Brandenburg

Minister Schröter (SPD) räumt ein, daß er das alles gar nicht versteht und sich als gar nicht Beteiligter zu Unrecht getroffen sieht. Daß er nichts verstanden hat, das beweist er mit der nächsten Aussage: Das Verfassungsgericht hätte eine ganze Reihe »von Dingen in Bewegung gebracht«, die: »rechtlich hoch kompliziert sind, ansonsten hätten nicht verschiedene Instanzen anders geurteilt als das Bundesverfassungsgericht«.

fassungswidrig, man darf es nur nicht mehr in bestimmten »Fallgruppen« anwenden. Ich weiß nicht, wie die Krankheit heißt, die man haben muß, um das zu verstehen! Eines aber ist damit deutlich geworden: Die Landesregierung denkt gar nicht daran, den Beschluß des BVerfGer umzusetzen und durchgreifend für Gerechtigkeit zu sorgen. Es geht ihr nach wie vor darum, Wege zu finden, den Bürgern weiter in die Tasche zu fassen – rechtsicher versteht sich! Da ist also weiterer Ärger vorprogrammiert!

Das haben wohl die Ausschußmitglieder auch so gesehen und in ihren Redebeiträgen mehr oder weniger deutlich gefordert, daß die Landesregierung doch in der Pflicht ist – einfach als Verursacherin der Misere!

SVEN PETKE (CDU) sieht die Landesregierung in der Verantwortung, landesweit Lösungen zu erarbeiten, ohne daß es durch unterschiedliches Handeln der Aufgabenträger zu weiteren Spannungen und Ungerechtigkeiten kommt. Er ist weiter der Meinung (man ist ja Opposition!), daß alle bereitwilligen Zahler ihr Geld zurückhalten sollten. Jedenfalls darf derjenige, der vertrauensvoll gezahlt hat, jetzt nicht »der Dumme« sein.

Anmerkung: Der Mann hat lange gesprochen und wenig gesagt, von einem konstruktiven Beitrag kann keine Rede sein.

URSULA NONNEMACHER (B'90/Die Grünen) fordert auch einheitliche Lösungen von der Landesregierung, damit es nicht zu Ungleichgewichten dadurch kommt, daß manche Verbände zurückzahlen und nicht mehr fordern und vollstrecken, andere jedoch weiter Bescheide verschicken und Zurückzahlungen verweigern, weil sie nicht können und/oder angeblich nicht müssen.

Anmerkung: Von einer Vertreterin der Opposition mußte erwartet werden, daß sie sich zum gesetzwidrigen Verhalten der Landesregierung klar positioniert. Der Beitrag war bedauerlicherweise auch wenig konstruktiv.

DANIEL KURTH (SPD) versuchte, vom Handlungsdruck für die Landesregierung abzulenken und sieht auch die Zweckverbände und die Kommunen und die Lobby (s.o.) in der Pflicht. Er sprach von Augenhöhe, Rechtsstaatlichkeit und kommunaler Selbstverwaltung, Gerechtigkeit und »wildem Aktionismus« und will keine Lösung »von oben herab«.

Anmerkung: eine unerträgliche Schwafelei!
HANS-JÜRGEN SCHARFENBERG (DIE LINKE) erwähnt die vormals ablehnende Haltung seiner Partei (damals in der Opposition) zur Politik der SPD eher am Rand. Er fordert für seine Partei (jetzt in der Regierung) eine klare Entscheidung der Landesregierung hinsichtlich

der anstehenden Rückzahlungen und redet davon, Gerechtigkeit herstellen zu wollen.

Anmerkung: angesichts der bekannten Rückgratlosigkeit dieser Partei gegenüber der SPD als Koalitionspartner sind die Ausführungen wenig glaubwürdig.

IRIS SCHÜLZKE (BVB/ Freie Wähler) geißelte das Versenden von neuen Beitragsbescheiden nach dem 17.12.15. Sie betont, daß es alle gewußt haben, daß das Vorgehen der Landesregierung grundgesetzwidrig war. Sie fordert, zur Lösung jetzt betriebswirtschaftlichen externen Sachverstand zu bemühen anstelle von Juristen, die uns das alles »besichert« haben. Es wird mehrere Wege geben müssen, um in den verschiedenen Verbänden zu Lösungen zu kommen. Der Beschluß des Bundesverfassungsgerichts ist eine klare Richtlinie, an die man sich zu halten hat. Sie macht sich Sorgen, daß Hauptverwaltungsbeamte jetzt über Gebühr in die Verantwortung genommen werden und ggf. »über die Klinge springen«.

Anmerkung: eine erfrischend kritische und auch konstruktive Haltung. Es ist wünschenswert, daß die Ausführungen Gehör finden.

THOMAS JUNG (AfD) fordert von der Landesregierung finanzielle Hilfen, um auch denjenigen Beiträge zu erstatten, die nicht geklagt und nicht widersprochen haben. Alles andere käme einer »Erosion des Rechtsstaates« gleich.

Anmerkung: offensichtlich nur geringe Differenzen zur Position BVB/ Freie Wähler

Schlußbemerkung: Die Ausführungen der Abgeordneten zusammenfassend ist zu sagen, daß es ihnen vorrangig um die anstehenden Rückzahlungen geht. Nur die Vertreter von BVB/ Freie Wähler und AfD merkten kritisch an, daß die Landesregierung mit dem KAG von 2004 rechtswidrig gehandelt hat, ohne jedoch deutlich zu fordern, das KAG schleunigst zu ändern. Die Vertreter der anderen Parteien folgen mehr oder weniger der Auffassung des Ministers, daß man sich auf das Landesverfassungsgericht verlassen hat, von dem Beschluß des Bundesverfassungsgericht »völlig überrascht« wurde und nun auf das Oberverwaltungsgericht hofft.

Fazit: Jeder Leser sollte nun in sich gehen und sein Wahlverhalten kritisch überprüfen. Wer sich jetzt hinstellt und sagt, daß wir, die Wähler, ja selbst Schuld sind an der Misere, der hat im Grunde recht! Wir waren es und werden es wieder sein, die diese Landtagsabgeordneten und diese Parteien gewählt haben und wieder wählen werden. Bleibt zu wünschen, daß wir Wählerinnen und Wähler lernfähig sind, unser Wahlverhalten zu ändern!

JOHANNES MADEJA

Nach jahrelangem Kampf verloren

Jahrelang wurde um die prächtige Roßkastanie in der Walther-Rathenau-Straße im Eberswalder Stadtzentrum gezittert. Bereits im Jahr 2008 schrieb ich im Barnim-Blog über diesen Fall. Jetzt ist es leider so weit: Der alte Baum soll noch im Februar verschwinden! Gemäß einer Berichterstattung der Märkischen Oderzeitung muß sie nun einem Neubau der WBG Wohnungsbaugenossenschaft Eberswalde-Finow eG weichen. Es ist bekannt, daß in der Stadt Eberswalde nicht baumerhaltend geplant wird. Sei es durch Bauaktivitäten der kommunalen WHG Wohnungsbau- und Hausverwaltungs-GmbH oder jetzt der WBG Wohnungsbaugenossenschaft Eberswalde-Finow eG.



Die Roßkastanie in der Walther-Rathenau-Straße im Herbst 2008

Die alte prächtige Roßkastanie in der Walther-Rathenau-Straße war bereits an ihrem Platz, als hinter ihr noch ein Haus stand, wo nun eine Baulücke klafft. Sie gehört zum Stadtbild.

Wenn die Akteure der WBG ein bißchen Achtung vor alten Bäumen hätten, so würden sie baumerhaltend planen und ihren Neubau so ausrichten, daß die Kastanie erhalten werden könnte. Leider sehe ich keine Bereitschaft und den Willen dazu. Offensichtlich schätzt die WBG prächtige alte Stadtbäume als wertlos ein. Bedauerlicherweise ist veraltetes, nicht nachhaltiges Denken immer noch allgegenwärtig. Proteste seitens der Stadtpolitik gegen die Fällung dieses Baumes konnte ich bisher leider nicht vernehmen. Wird von den Eberswalder Stadtverordneten alles so sang- und klanglos hingenommen?

Es ist ein Jammer, wie viele alte prächtige Bäume in den letzten Jahren aus dem Eberswalder Stadtbild verschwunden sind. Ein mir bekannter Professor vom Fach und nun im Ruhestand, gleichzeitig eine hochgeschätzte Eberswalder Persönlichkeit, antwortete mir zu dem Fall: Er bedauerte, daß die Stadt Eberswalde kein Konzept und auch keinen Willen habe, eine Waldstadt, die sie einmal war, zu erhalten, was schade und traurig zugleich sei.

Dr. ANDREAS STEINER

Bundeshauptstadt der Chor- und Orchestermusik

Eberswalde im März – 1.100 Musikerinnen und Musiker zeigen Vielfalt der Laienmusik

Eberswalde (prest-ew). Vom 4. bis zum 6. März ist Eberswalde die Bundeshauptstadt der nicht-professionellen Musikszene Deutschlands. An diesem Wochenende finden die Tage der Chor- und Orchestermusik mit rund 1.100 Mitwirkenden statt. Das Musik-Wochenende beginnt am Freitag, dem 4. März, mit einem Auftaktkonzert im Haus Schwärzetal. Das Projektorchester Barnim mit seinen rund 120 Musikerinnen und Musiker im Alter von 12 bis 70 Jahren führt ein buntes Programm von Haydn bis Herbolzheimer auf. Am Samstag werden die verschiedenen Facetten des Laienmusizierens der Öffentlichkeit präsentiert: Im Anschluß an das Guten-Morgen-Eberswalde um halb elf im Paul-Wunderlich-Haus folgt dort eine Podiumsdiskussion zur »Nachhaltigkeit in der Laienkulturförderung«, bevor um 15 Uhr ein ökumenischer Festgottesdienst in der Maria-Magdalenen-Kirche und um jeweils 16.30 Uhr ein Tanz-Café sowie ein Beatbox-Workshop für Jugendliche im Bürgerbildungszentrum Amadeu Antonio stattfinden. Um 18.30 Uhr startet im Haus Schwärzetal dann die »Nacht der Musik«, welche sich an elf gleichzeitigen Spielorten fortsetzt und um 23 Uhr in die zentrale Abschlußveranstaltung am Paul-Wunderlich-Haus mündet.

Die grüne Stadt Eberswalde wird im Rahmen der Veranstaltung von 46 Ensembles aus ganz Deutschland zum Klingen gebracht. Ne-

ben Kammer- und Knabenchören sowie pfiffigen Jazzformationen werden ebenso begeisternde Akkordeon-, Blas-, Streich- und Zupforchester und viele weitere Sparten zu hören sein. Ebenso werden sorbische Vokalensembles und die Westend-Gospel-Singers die Veranstaltung bereichern. Das Programm wird den Reichtum und die Qualität der Laienmusik in Deutschland repräsentieren und die Zuhörer auf vielfältige Art und Weise unterhalten und verzaubern.

Die Tage der Chor- und Orchestermusik finden bereits seit 1971 statt, zuletzt in Zwickau (2014) und Celle (2015). Ausrichter ist in diesem Jahr die Bundesvereinigung Deutscher Orchesterverbände, die das Musikwochenende gemeinsam mit der Stadt Eberswalde vorbereitet. Unterstützt werden die Partner von der Bundesbeauftragten für Kultur und Medien, dem Brandenburgischen Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur sowie dem Kreis Barnim und der Sparkasse Eberswalde.

Der Eintritt zu allen Veranstaltungen ist frei. Für alle Veranstaltungen am Samstag werden keine Platzreservierungen benötigt. Für das Auftaktkonzert am 4. März um 20 Uhr und den Festakt im Haus Schwärzetal am 6. März um 11 Uhr werden kostenfreie Platzkarten benötigt. Diese können unter www.tage-der-musik.de bestellt werden. Auch das Gesamtprogramm der Veranstaltung ist dort abrufbar.

Ein gutes Buch:

Die Stromdiktatur

Bücher lesen sich ganz unterschiedlich. Manche fangen spannend an, werden dann immer langweiliger und spätestens nach 100 Seiten hört man auf zu lesen. Andere beginnen zögernd, man muß sich erst einlesen, aber dann wird es spannend und bleibt es bis zum Schluß. DIE STROMDIKTATUR ist von der ersten Zeile bis zur letzten Seite informativ, interessant und spannend.

Ein Sachbuch spannend? Kann das sein? Ja, sage ich, spannend wie ein Kriminalroman, aber doch anders. Täter und Opfer und die »Kommissare« sind von Anfang an bekannt. Spannend ist, wie die Täter seit 80 Jahren mit krimineller Energie immer neue Wege gefunden haben, ihre Herrschaft zu festigen und immer mehr auszuweiten. Dieses Buch ist eine wissenschaftliche Arbeit, keine leichte Kost. Man muß aber nicht studiert haben, um das alles zu verstehen. Es genügt gesunder Menschenverstand und Aufmerksamkeit beim Lesen. Wer sich für Strom und Wärme und Wasser erst interessiert, wenn sie nicht mehr aus der Wand oder aus dem Hahn kommen, wer nicht bereit ist, damit vernünftig und sparsam umzugehen und wer gedankenlos jede fehlerhafte Rechnung oder jeden unrechten Gebührenbescheid akzeptiert und den geforderten Betrag widerspruchslos überweist, der sollte das Buch erst gar nicht in die Hand nehmen. Wer aber erkannt hat, daß wir nur den einen Planeten Erde als Lebensraum haben und daß wir deshalb mit ihm sorgsam umgehen sollten, der sollte aufmerksam lesen, am besten, wenn er gut ausgeschlafen ist.

Das Buch spricht nicht nur Probleme an, die wir lösen müssen, wenn wir es zu jeder Tages- und Jahreszeit warm und hell haben wollen, sondern bietet gleichzeitig Lösungen an, die sich freilich nicht im Selbstlauf, sondern nur gegen großen Widerstand realisieren lassen. Warum das so ist, verrät bereits der Buchtitel. Wir leben in Deutschland seit 80 Jahren unter einer Stromdiktatur. Welcher Diktator ist schon bereit, seine Macht zu teilen oder gar aufzugeben? Wenn wir etwas ändern und nicht weiter unsere Lebensgrundlagen zerstören wollen, dann müssen wir den Stromdiktatoren die Macht entreißen! Auf Seite 167 heißt es dazu: »Während unser wirtschaftlicher Karren langsam, aber sicher den Berg hinunterrattert, sollte endlich einmal jemand auf die Idee kommen, den selbsternannten Lenkern der bundesdeutschen Stromwirtschaft den Führerschein abzunehmen«. Das erfordert Mut, Entschlossenheit und Kraft und einen langen Atem – aber der Einsatz lohnt sich!

Die Natur, unsere Wälder und Flüsse und Seen und nicht zuletzt unsere Enkel werden es uns danken.

JOHANNES MADEJA

ECKARDT, MEINERZHAGEN, JOCHIMSEN: Die Stromdiktatur – von Hitler ermächtigt – bis heute ungebrochen. Rasch und Röhring Verlag, 1985.

Gewiß gibt es bei den gegenwärtigen spannenden Gesprächen zum Angebot des Bundes über das weitere Schicksal des Finowkanals unendlich viel abzuwägen. Die Mitglieder der Initiative »Unser Finowkanal e.V.« möchten Sie gern in Zusammenarbeit mit weiteren Vereinen auf die historische Verantwortung aufmerksam machen.

Der Finowkanal ist ein Kulturgut, in dessen Aufbau unsere Vorfahren während der letzten 400 Jahre ihre Lebenszeit investiert haben. Die großartige Vision des Kurfürsten Joachim Friedrich und Friedrich des Großen, des »Alten Fritz«, eine künstliche Verbindung zwischen den beiden Stromgebieten Oder und Havel zu schaffen, könnte mit Ihrer Entscheidung ein historisches Ende finden...

Nie wieder würden Bootstouristen, die über den eben für 15 Mio Euro rehabilitierten »Langen Trödel« oder aus Richtung Bydgoszcz/Bromberg kommen, das historische Erbe des Finowkanals erleben dürfen. Dazu gehören auch die historisch interessierten Besucher, besonders die unserem alten Kanal kulturell und wirtschaftlich verbundenen europaweiten Netzwerke von Inland Waterways International und Linssen Boating Holidays.

Nie wieder könnten wir angesichts einer mit Sand verfüllten Schleuse unseren Kindern und den nachfolgenden Generationen die Bedeutung der Aufbauleistung unserer Vorfahren anschaulich vermitteln.

Mit der Beerdigung des alten Kulturerbes würden wir unseren Nachfolgern ein für allemal die Möglichkeit verwehren, aus dem ältesten schiffbaren Kanal Nordeuropas jene Wirtschaftskraft zu schöpfen, die unsere Region so bitter nötig hat. Die Reste unserer Industriekultur haben heute als Hintergrund für Ansiedlung, Investitionen und Tourismus eine vergleichbare Bedeutung wie zur Zeit ihrer Errichtung, als sie Tausenden von Familien – Tuchwebern, Schiffseignern, Treidelunternehmern, Industriearbeitern, Händlern und Dienstleistern – die Existenzgrundlage boten. Ohne den Finowkanal gäbe es unsere Städte und Gemeinden entlang des Finowkanals nicht. Ohne die Vision Friedrichs des Großen wäre die Region deutlich ärmer.

Wir appellieren an Ihren Sinn für das historische Erbe, dessen Erhalt viel zu bedeutsam und wichtig ist, als daß wir ihm mit einem allzu pessimistischen Blick auf die momentane Finanzlage ein historisches Ende machen dürften. Wir appellieren an Ihr Verantwortungsbewußtsein, alles dafür zu tun, daß unseren Kindern der Verbleib in dieser so schönen, durch den Kanal deutlich geprägten Region auch wirtschaftlich ermöglicht wird. Mit Ihrer Entscheidung, dem Finowkanal in kommunaler Regie eine neue Chance zu geben, hätten endlich diejenigen Unternehmer die so lang vermißte Zuversicht, ihre Investitionen in Wohnanlagen und Geschäfte, Bewirtungsbetriebe und Dienstleister, Bootsbauer und -händler, an einem lebendigen Kanal tatsächlich realisieren

»Kleine Eberswalder Erklärung«

Der Finowkanal ist Kulturerbe und muß erhalten bleiben



Foto: Kristin Pilz

Am 9. Februar 2015 hatte das »Netzwerk deutsche Wasserwege« anlässlich des Symposiums »Bedrohte Wasserwege« in Eberswalde ihre »Eberswalder Erklärung zum Erhalt und zur Nutzung kulturhistorischer Wasserwege« formuliert. Damals hatten sich in Eberswalde 60 Vertreterinnen und Vertreter von Kommunen und Bürgerinitiativen, Verbänden und Unternehmen aus ganz Deutschland getroffen.

Nun gibt es ein Angebot der Bundesregierung, daß die Anrainerkommunen den Finowkanal in ihre Trägerschaft übernehmen. Versüßt wird das Angebot durch eine »Mitgift« von 75 Millionen Euro. Damit würde sich der Bund von den jährlichen Bewirtschaftungskosten in Höhe von 2 bis 3 Millionen Euro »freikaufen«. Hinzu kommen die Sanierungskosten für die Schleusen und Brücken, für die allerdings neue Fördermittel akquiriert werden könnten. Angesichts zunehmender Bedenken haben sich mehrere Vereine der Region nunmehr mit einer weiteren Erklärung, der sogenannten »Kleinen Eberswalder Erklärung« an die kommunal Verantwortlichen der »Kommunalen Arbeitsgemeinschaft Region Finowkanal« gewandt.

zu können. Schon viel zu lange stagniert hier die wirtschaftliche Entwicklung, deren Bedeutung im Zusammenhang mit den historischen Wasserwegen unsere Nachbarländer längst nachgewiesen haben.

Ein intakter Finowkanal stellt auch einen weichen Standortfaktor dar und gehört zum attraktiven Wohnumfeld der Bürger der Region.

Wie wir von unserem aus der »Eberswalder Erklärung« hervorgegangenen NETZWERK DEUTSCHE WASSERWEGE (N:DW) erfahren, beruhen die überhöhten Schätzungen für die Renovierung einer Schleuse in Höhe von 3 Millionen Euro auf der Umwandlung der Schleusen zum vom Bundesverkehrsminister favorisierten Automatiklösung. Viel Geld würde in die elektronische Ausstattung der Schleusen fließen, was nicht zuletzt aus z.T. eigenem Erleben am Werbellinkanal ein Ärgernis für die Bootstouristen darstellt. Wir müssen also die Geldmittel aus Berlin nicht für die digitale Ertrüchtigung unserer Schleusen verausgaben, und vor allem wollen wir keine mehrjährige Sperrung des Finowkanals gerade zu einem Zeitpunkt, da er endlich die Aufmerksamkeit unserer überregionalen und internationalen Gäste aufsieht. Auf der Grundlage von Erfahrungen regionaler Schleusenbauer, läßt sich bei einer Priorisierung und sorgfältigen Planung der nötigen Erhaltungsarbeiten für die Winterpause der Finowkanal mindestens 10 wenn nicht 15 Jahre ohne sommerliche Sperrung betriebsbereit halten. Ein deutschland-

weit tätiges Schleusenbauunternehmen aus der Region veranschlagt zwischen 150.000 und 300.000 Euro im Jahr pauschal für die garantierte Offenhaltung des Kanals über den besagten Zeitraum, bevor der Neubau einer Schleuse überhaupt erforderlich würde. Und solche Zeithorizonte gäben uns genügend Spielraum für eine sorgfältige Vorbereitung und die Einarbeitung in den Betrieb in kommunaler Regie.

Wie wir ebenfalls hören, sei der Bundesverkehrsminister bereit, eine mögliche Beräumung toxischer Sedimente von den Pflichten einer künftigen Betreibergesellschaft auszunehmen. Auch hier hören wir von Experten, daß es kostengünstigere Varianten als das bislang diskutierte Verfahren gibt.

Halten Sie uns, dieses Kulturgut lebendig zu halten; geben Sie dem Finowkanal und den nachfolgenden Generationen die verdiente Chance!

Wir wünschen dem Finowkanal und uns allen ein Ende der »Eiszeit«.

HARTMUT GINNOW-MERKERT,

Vorsitzender Unser Finowkanal e.V.

STEFFEN DITTRICH,

Vorsitzender Finowfurter Flößerverein e.V.

Dr. sc. GERD W. LUTZE,

Präsident Märkische Eiszeitstraße e.V.

INGRID FISCHER, Vorsitzende

Verein für Heimatkunde zu Eberswalde e.V.

Prof. Dr. JÜRGEN PETERS,

Vorstand Kulturlandschaft Uckermark e.V.

HEIKO SCHULT, Vorsitzender Förderverein

Finower Wasserturm und sein Umfeld e.V.

Zonenboys im Jubiläumsjahr

Beinahe 15 Jahre ist es her, daß sich ein Häuflein sportbegeisterter, junger Menschen aufmachte, um gemeinsam und selbstorganisiert Sport zu betreiben. Beinahe 15 Jahre ist es demnach her, daß sich die Zonenboys Eberswalde gründeten, um ihren Platz in der Sportwelt zu suchen.

Grund genug für den seit 2008 als Verein organisierten Zonenboys Eberswalde e.V., ein Jubiläumsjahr auszurufen. Der Startschuß hierbei soll bei der Teilnahme am Barnimer Eisstockcup ertönen, welcher von Mitte Februar bis Mitte März an verschiedenen Orten im Barnim ausgetragen wird.

Weitergehen soll es dann im April mit dem mittlerweile zur Tradition gewordenen Völkerballturnier der Toleranz, welches der Verein zum nunmehr sechsten Male veranstalten will.

Den Höhepunkt der Jubiläumsfeierlichkeiten will man in den Mai verlegen – natürlich in die Heimatstadt Eberswalde. Derzeit reifen in den Köpfen der Zonenboys-Aktiven und Vorstandsmitglieder viele Ideen zu diesem Thema,

Genauer kann jedoch noch nicht gesagt werden.

Auf jeden Fall dürfen sich Fans, Vereins- und Sportfreunde auf das Erscheinen der Zonenboys-Chronik freuen, in welcher man viel über die Geschichte des »etwas anderen Vereins« und die Hauptsportart des Selbigen, dem Beachhandball erfahren wird.

Auch in Sachen Beachhandball will der Verein in der Folge wieder etwas aktiver werden. Zwar sind die Rahmenbedingungen für die in den letzten Jahren etwas ins Abseits gerutschte Sportart immer noch nebulös, dennoch möchte der Verein aktiv dazu beitragen, den Beachhandballsport in Deutschland wieder aufzubauen.

Termine an und auf den Stränden und Beachanlagen der Republik sind also fest geplant und wer weiß, vielleicht entwickelt sich auch Eberswalde in einen Austragungsort für Beachhandball-Turniere.

MIRKO WOLFGRAMM



Kleiner konstruktiver »Krisengipfel«

Am 28. Januar fand in der Barnimer Kreisverwaltung ein erster konstruktiver und zugleich kritischer Meinungsaustausch zur aktuell unbefriedigenden Situation in der Integrierten Rettungsleitstelle (IRLS) Nordost im Eberswalder Ortsteil Finow statt.

Den ver.di Landesbezirk Berlin-Brandenburg vertraten Dieter Korte, Fachbereichssekretär - Feuerwehr- im Fachbereich Gemeinden, und Hagen Quehl, ehrenamtlicher Vorsitzender der Berlin-Brandenburger Landesbezirksfachgruppe Feuerwehr, exellenter Kenner der Fachmaterie und anerkannter Praktiker. Seitens der Kreisverwaltung Barnim nahmen der Personaldezernent Matthias Tacke und der Leiter des Personalamtes Günter March teil.

Die Gesprächsteilnehmer stimmten darin überein, daß die IRLS Nordost zu denen in Brandenburg gehört, die über die modernsten Arbeitsbedingungen verfügt. Umso verständlicher ist es, daß unter der Mitarbeiterschaft bereits seit längerem eine Mißstimmung herrscht, die sich nicht zuletzt durch eine hohe Fluktuation ausdrückt und die sich insgesamt negativ auf das Betriebsklima in der IRLS auswirkt. Kritisch zu hinterfragen ist, ob der derzeitige Leiter der IRLS Nordost über die notwendige Fach- und Sozialkompetenz verfügt.

Die Kreisverwaltung will, vorbehaltlich der Zustimmung durch den Barnimer Kreistag, ein externes und zugleich kostenintensives Gutachten in Auftrag geben. Man will sich damit zu den vielen offenen Problemen in der IRLS objektiv sach- und fachkundig machen, um daraus Schlußfolgerungen ziehen zu können.

Die ver.di-Vertreter verdeutlichten, daß sie die Interessen ihrer Mitglieder konsequent vertreten und keine Diffamierung und Kriminalisierung durch leitende Mitarbeiter der Kreisverwaltung Barnim einschließlich des Landrats zulassen werden.

Das gilt auch für gelebte und praktizierte »Prinzipien« einiger leitender Mitarbeiter gegenüber dem Personalrat die da u.a. wären: Nichts hören und nichts sehen, Täuschen und Tricksen, Vertuschen und Verdrängen. Zugleich verwiesen sie auf die Mitbestimmungsrechte des Personalrates. Dem Personalrat wird empfohlen, zukünftig seine Entscheidungen in der Sache – ob zustimmend oder ablehnend – zeitnaher und transparenter gegenüber der betroffenen Mitarbeiterschaft zu kommunizieren.

Am 10. Februar besteht in der Personalversammlung die Möglichkeit, die Positionen auch zur aktuellen Situation in der IRLS Nordost zu kommunizieren. Für den ver.di Landesbezirk Berlin-Brandenburg läßt es sich der neue Leiter des Landesbezirksfachbereiches Gemeinden Erich Mendroch nicht nehmen, erstmalig an der Barnimer Personalversammlung teilzunehmen und in die »Bütt« zu steigen.

Es ist zu hoffen, daß Landrat Bodo Ihrke die nötige Zeit und mentale Kraft aufbringt, ganztagig an der Personalversammlung teilzunehmen. Insbesondere, um sich dem zu erwartenden kritischen Dialog mit seiner Mitarbeiterschaft, dem Personalrat und der Dienstleistungsgewerkschaft ver.di zu stellen.

Wünschenswert wäre, wenn auch die »Würden- und Leistungsträger« in der ehrenamtlichen Kommunalpolitik, insbesondere der Über großen Koalition der Verwaltungswilligen (DIE LINKE, SPD und CDU) im Barnimer Kreistag ihren Winterschlaf beenden, um sich endlich intensiv mit der aktuellen Situation in der IRLS zu beschäftigen. CARSTEN ZINN

Wer aufmuckt, fliegt

Eberswalde (bbp). Auf der Einladung zur Informationsveranstaltung »zum Angebot des Bundes zur Übernahme des Finowkanals« am 11. Januar war der Geschäftsführer der Kommunalen Arbeitsgemeinschaft (KAG) Region Finowkanal VOLKMAR RITTER nicht nur derjenige, der die Einladung unterschrieben hatte, sondern zudem neben dem Eberswalder Bürgermeister und Vorsitzenden der KAG FRIEDHELM BOGINSKI und dem Eberswalder Amtsleiter für Wirtschaftsförderung und Tourismus Dr. JAN KÖNIG als dritte Person genannt, welche dieses Angebot »vorstellen und näher erläutern« werde.

Doch es kam anders. Am Vormittag des 11. Januar wurde Ritter »aus dem Rennen« genommen. Offizielle Informationen, warum Volkmarr Ritter so plötzlich in Ungnade fiel, gibt es nicht. Laut »Märkischer Oderzeitung« spricht man in »Kreisen der Kommunalpolitik« davon, Ritter sei »zu forscht« für eine Übernahme des Finowkanals in kommunale Trägerschaft eingetreten. Tatsächlich war wohl eine eMail, in der Ritter sich für die kommunale Übernahme eingesetzt hatte, dummerweise bei einem falschen Empfänger in der Eberswalder Stadtverwaltung gelandet. Dort handelte man sofort, denn offensichtlich hatte sich Ritter eines unbotmäßigen Verhaltens schuldig gemacht. Schließlich ist es die Stadt Eberswalde, welche die KAG zum großen Teil finanziert. Persönliches Engagement und selbstbewußtes Auftreten der KAG-Mitarbeiter haben daher dort ihre Grenzen, wo die Interessen des Geldgebers tangiert werden bzw. sich die dort Verantwortlichen tüpiert fühlen. So läuft das in der parlamentarischen Demokratie.

Als neuen Geschäftsführer der KAG Finowkanal hat der europäische Regionale Förderverein e.V., der seit 2009 im Auftrag der beteiligten Kommunen die Geschäftstätigkeit der KAG organisiert, den Eberswalder CHRISTOFF GÄBLER vorgeschlagen, der bereits seit einiger Zeit freiberuflich für den Regionalen Förderverein tätig war und sich in seiner Freizeit in Eberswalde für den Hebewerk-Verein engagiert. Auf der Mitgliederversammlung der KAG am 10. Februar soll seine offizielle Bestellung als Leiter der Geschäftsstelle erfolgen, was als reine Formsache gilt.

Ferienstpaß im Club am Wald

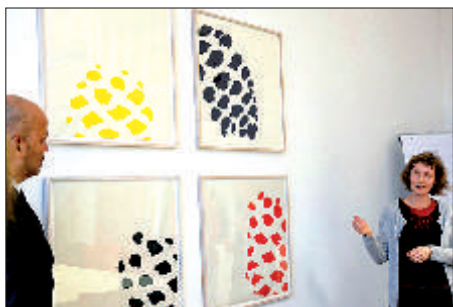
Eberswalde (prest-ew.) In den Winterferien ist der Club am Wald im Brandenburgischen Viertel für Kinder und Jugendliche geöffnet und hält an jedem Tag ein Ferienangebot bereit. Die Ferienkinder können hier backen, malen, basteln und spielen.

Die Ferienangebote finden immer in der Zeit von 14.30 Uhr bis 17 Uhr statt, sind kostenfrei und können von allen Kindern der Stadt genutzt werden. Der Club am Wald in der Senftenberger Straße 16 ist in den Ferien an den Wochentagen von 12 bis 20 Uhr geöffnet.

Kunst im »Amadeu Antonio«

Eberswalde (prest-ew). Zwei Kunstwerke von professionellen Künstlerinnen der Stadt Eberswalde schmücken seit gestern das Bürgerbildungszentrum Amadeu Antonio. Das vierteilige, farbenfrohe Werk »Zapfen« von Ina Abuschenko-Matwejewaja zielt den Beratungsraum des Hauses und das Werk »Eber+Wald« von ANTOINETTE, eine Zeichnung auf Stoff, ist im Flurbereich vor dem Saal zu finden. »Für das Haus sind die Kunstwerke eine außerordentliche Bereicherung«, so Bellay Gatzlaff, der Kulturdezernent der Stadt Eberswalde.

»Eberswalde hat ein breites Kulturleben, aber manche Bereiche werden auf dem ersten Blick nicht so wahrgenommen, so zum Beispiel der Bereich der Bildenden Kunst. Die Förderung dieses Kulturbereiches der Stadt ist nicht nur mir, sondern auch dem Bürgermeister sehr wichtig«, so der Dezernent. In Folge dessen widmete sich das städtische Kulturamt der Aufgabe, die Bildende Kunst stärker ins Bewusstsein zu rücken. Im Dialog mit den Künstlern wurde klar, daß professionelle Künstler davon leben, daß ihre Werke gesehen werden. »Deshalb haben wir uns entschieden, je ein Werk der professionellen Künstler in Eberswalde aufzukaufen und auch auszustellen«, so Bellay Gatzlaff.



Künstlerin Ina Abuschenko-Matwejewaja spricht zu ihrem Werk. Foto: Stadtverwaltung Eberswalde

Im Dialog zwischen dem Kulturamt und den Künstlern fiel schließlich die Wahl des Ausstellungsortes auf das Bürgerbildungszentrum Amadeu Antonio. »Hier gehen täglich viele Besucher ein und aus. Und nachdem der Ort feststand, haben wir gemeinsam mit den Künstlerinnen die Werke für das Bürgerbildungszentrum Amadeu Antonio ausgewählt«, so Dr. Stefan Neubacher, der Kulturamtsleiter der Stadt. In der nächsten Zeit wird ein drittes Kunstwerk von Gudrun Sailer das Bürgerbildungszentrum zieren. Momentan befindet es sich noch im Entstehungsprozess.

Die Vorsitzende des Ausschusses für Kultur, Soziales und Integration, Dr. ILONA PISCHEL, begrüßt den Vorstoß der stärkeren Bekanntmachung von Eberswalder Künstlern, da die Stadt einen Bildungsauftrag hat. Ein weiterer Schritt, um Bildende Kunst in den Fokus zu rücken, wird die Thematisierung im Fachausschuß sein. Im Ausschuß für Kultur, Soziales und Integration werden sich die professionellen Künstlerinnen und Künstler der Stadt am 2. Februar 2016 vorstellen. Insgesamt hat der Ankauf pro Kunstwerk 2000 Euro gekostet.

Bestgehaßt und sehr gemocht: G.G.

Wenn sie nicht weiterwußten, weil ihnen die Argumente ausgegangen waren – und das kam oft vor –, beschmissen sie den Mann, der ihnen an Anstand, Wissen und Rhetorik weit überlegen war, mit Dreck. Vorneweg bis heute ein gewisser Kauder, der ein Abo auf die dümmsten Zwischenrufe im Parlament zu haben scheint. Politclown, Demagoge, Erzdemagoge, Salonbolschewist, Kreidefresser, Henkersknecht, roter Lümmel, Neostalinist, Lügner, Lügenbold, Stasispitzel, Heuchler ...

Eine junge Dame, die dabei ist, über den Redestil im Bundestag zu promovieren, hat mehr als 30 der speziell auf Gysi gemünzten Schmähnamen gefunden und – was sie sehr überraschte – nicht einen Fall, in dem der so Angegriffene niveaugleich reagiert hätte. Weil er, der Linke, strikt dem Grundgesetz verpflichtet, die Würde des Menschen, die Dummköpfe eingeschlossen, für unantastbar hält.

Nun hat er, weinenden wie lächelnden Auges, das harte Amt des Fraktionsvorsitzenden aufgegeben. Gelegenheit, ein paar miterlebte Episoden aus früheren Jahren zu schildern; Randnotizen ohne historischen Wert. Aber bezeichnend.

In der Lobby der freigewählten Volkskammer lungerten ständig Journalisten aller Art herum, um eine Neuigkeit aufzuspüren, ein Foto zu schießen oder einen halbwegs prominenten Interviewpartner zu finden. Einmal pirschte sich ein Mann der BILD-Zeitung an G.G. heran. Damals ging eine Kampagne durch das Land, die auf Plakaten, in TV-Spots und Inseraten den Gebrauch von Kondomen anmahnte, AIDSshalber. Trotzdem war nicht zu erwarten, daß der BILD-»Journalist« seine Gysi-Befragung so eröffnete: »Benutzen Sie Kondome?« Gysi, schmunzelnd, aber keineswegs verblüfft, antwortete: »Nein, nie.«

Der BILD-Mann, sehr verblüfft, keineswegs schmunzelnd, fragte nach: »Na, wieso denn?« »Weil ich der Meinung bin, es kann gar nicht genug kleine Gysis geben.«

Einmal flocht er ein paar Sätze in eine seiner Reden ein, in denen er von der CDU forderte, die Christdemokraten sollten sich ihrer Verantwortung für die »kleinen Leute im Lande« bewußter werden und nicht nur eigene Interessen vertreten. Die Empörung der Schwarzen war enorm, verstummte aber ruckartig, als Gysi mitteilte, er habe nur aus einer Adenauer-Rede früherer Jahre zitiert. Später nutzte Lothar Bisky den rhetorischen Trick nach, und wieder fielen die Christ- und Spezialdemokraten darauf rein. Viele waren damals, als die Börsartigkeiten G.G. gegenüber immer aggressiver wurden, in Sorge, den rüden Beschimpfungen könnten eines Tages Taten folgen. Der leider früh verstorbene Michael Schumann, der in einer großen und sehr kritischen Rede mit dem Stalinismus in der SED abgerechnet hatte, empfahl dringlich, eine Art Personenschutz zu organisieren, was Gysi aber ablehnte. »Ich bin so klein, da müßten sie schon einen sauguten Schützen finden, aber die sind rar.«

Gysi konnte herrlich erzählen und verfügte über einen Vorrat an Anekdoten, der ihm nie ausging. Viele darunter, in denen sein Vater die »tragende Rolle« spielte. Als Klaus Gysi vom Politbüro ausgeguckt worden war, DDR-Botschafter in Rom zu werden, war das ehrenhafte Angebot an die Bedingung geknüpft, er müsse endlich mit seinen Weibergeschichten aufhören. »Dann kommt Rom für mich nicht infrage«, soll er gesagt haben, und als er dann doch den Posten bekam: »Na bitte, geht doch.«

»Das Magazin« hatte per Umfrage herausgefunden, daß mehr als 50 Prozent der ostdeutschen Frauen mittlerer Jahrgänge gern mal was mit Gysi »hätten« – noch vor Mario Adorf und Uwe Ochsenknecht. Sein Kommentar, als ihm das Befragungsergebnis im frotzelnden Ton übermittelt wurde: »Wenn die uns wählen würden, wären wir aus dem Schneider.«

Aus dem ist die Linke längst. Und das ist auch gut so.

Dr. STEFFEN PELTSCH

Anzeige

Wir haben die traurige Nachricht erhalten, daß unser Kollege

Joachim Tonndorf

am 20. Januar 2016 im Alter von 68 Jahren verstorben ist.

Joachim Tonndorf wurde am 20. Juni 1947 in Bernau geboren. Nach dem Abitur und einer Ausbildung zum Elektromonteur studierte er an der TU Dresden und erwarb 1972 den akademischen Grad des Diplom-Ingenieurs. Er arbeitete zunächst acht Jahre im VEB Elektroprojekt und Analgenbau Berlin und ab 1980 als Bauleiter im Energiekombinat Berlin. Seit 1987 übernahm er die Funktion eines gewerkschaftlichen Vertrauensmanns und war ab 1990 der maßgebliche Initiator zum Aufbau einer Initiativgruppe Betriebsrat im EKB, in der er grundlegende Aufbauarbeit für die erstmalige Betriebsratswahl im Juni 1990 leistete. Am 1.9.1990 stellte ihn die DAG als Gewerkschaftssekretär für den Industriebereich in Berlin-Ost und Brandenburg ein, später wurde ihm die Bezirksleitung für den Bezirk Frankfurt(Oder) mit der Geschäftsstelle Schwedt übertragen. Am 1.1.1993 über er die Abteilungsleitung des Bereichs Banken, Sparkassen und Versicherungen im Landesverband Berlin und Brandenburg. Nach Gründung der ver.di übernahm er die Leitung des Fachbereichs Finanzdienstleistungen, den er bis zum 30.6.2005 führte.

Wir erinnern uns an einen engagierten Kollegen, der durch seine vielfältigen Erfahrungen im betrieblichen und politischen Demokratisierungsprozess ein hochgeschätzter Gesprächspartner und Kollege war. Und wir bedauern, daß ihm so wenig Zeit blieb, den dritten Lebensabschnitt, in dem er sich kommunalpolitisch engagierte und seinem Hobby, der Jagd, nachging, zu genießen.

Unser tiefes Mitgefühl gilt seiner Familie und allen Angehörigen.

Für den ver.di Landesbezirk Berlin-Brandenburg

SUSANNE STUMPENHUSEN (Landesbezirksleiterin) und BEATE SCHUH (Betriebsratsvorsitzende)

Vierter Bernauer Dialog


FOTO: FRANK MÜLLER

Der 4. Bernauer Dialog fand zum Holocaust-Gedenktage am 27. Januar 2016 in den Räumen der Galerie Bernau statt.

Vor 71 Jahren wurden an diesem Tag die Überlebenden des KZ-Vernichtungslagers Auschwitz-Birkenau von Soldaten der Roten Armee befreit. In Auschwitz sind Menschen jüdischen Glaubens aus Bernau, aus Lingen an der Ems, aus Lodz ermordet worden. Der Plan für diese gezielte Ermordung ist auch in der Bundesschule Waldfrieden entwickelt worden.

Der Bernauer Bürgermeister André Stahl übersandte ein Grußwort, indem er betonte, wie wichtiger denn je es ist, für Toleranz und Weltoffenheit einzutreten und den öffentlichen Raum nicht denjenigen zu überlassen, die Haß sähen und Vorurteile pflegten.

Über das Leben und die Vernichtung Bernauer Bürger mosaikartigen Glaubens lasen DAGMAR ENKELMANN und MARGOT ZIEMANN aus dem Bericht »Juden in Bernau« (Rotary Club Bernau, 2010). 24 Bernauer Bürger wurden ihrer Habe beraubt, enteignet und nach Auschwitz, Warschau und Trawniki deportiert. Nur die Mitglieder der Familie Lehmann überlebten durch die Hilfe deutscher und polnischer Mitbürger.

SÖREN-OLE GEMSKI, Mitglied des »baudenkmal bundesschule bernau«-Vereins (bbb), berichtete, was über das heutige Baudenkmal Waldfrieden aus der Zeit des Faschismus bekannt ist. 1933 wurde es von SA-Truppen gestürmt und als Reichsführerschule der NSDAP eingeweiht. Ab Mitte 1939 erfolgte in Bernau die Ausbildung von Angehörigen des Sicherheitsdienstes (SD), die nach Beginn des Krieges gegen Polen u. a. für den Einsatz in den besetzten Gebieten vorgesehen waren. Im Sommer 1939 bereitete die Schutzstaffel (SS) der Nazis unter strenger Geheimhaltung spezielle Trupps vor, die »polnische Überfälle« auf deutsche Einrichtungen in Oberschlesien vor täuschten.

Mehrtägige Tagungen des Reichssicherheitshauptamtes (RSHA) fanden in Bernau in den Jahren 1941 bis 1943 statt, an denen die SS-Beauftragten aller besetzten Gebiete teilnahmen. Dort wurden die Vernichtung der Bevölkerung jüdischen Glaubens sowie die Deportations-

und Siedlungspolitik in Mittel- und Südosteuropa geplant.

DIETER KORCZAK las Passagen aus dem Band »Spurensuche« (Korczak, 2010). Im polnischen Lodz umfaßte die jüdische Gemeinde zu Beginn des Krieges 1939 rund 235.000 Menschen. Sie stellte damit 1/3 der Stadtbevölkerung und war wesentlich an der wirtschaftlichen und kulturellen Blüte der Stadt seit der Industrialisierung beteiligt. Diese Menschen wurden unter unwürdigsten Verhältnissen in ein innerstädtisches Zwangslager/Ghetto umgesiedelt und mußten dort bei geringsten Essensrationen Zwangsarbeit verrichten. Rund 45.000 Bewohner des Ghettos starben an Unterernährung, Kälte und Krankheit. Weitere 145.000 Menschen wurden vergast. Überlebt haben nach Schätzungen lediglich 5 - 10.000 Menschen. Der nach Ende des Krieges beginnende Prozeß der »Entjudaisierung« in Polen (Engelking/Hirsch, 2008) setzt sich bis heute fort und wirkt wie eine zweite Auslöschung des jüdischen Lebens und der jüdischen Kultur!

Es gab in der Zeit des Faschismus aber auch Beispiele von Zivilcourage und Bürgermut. PETER HOFOSCHRÖER las aus seiner Biografie, wie in Lingen an der Ems die Personalunterlagen von Mitbürgern jüdischen Glaubens »arisiert« wurden, wodurch diese Bürger vor der Todesmaschine der Nazis gerettet wurden.

In der Diskussion, die sich der Lesung anschloß, wurde darauf hingewiesen, wie wichtig es ist, die Jugend und die jungen Erwachsenen mit diesen historischen Schilderungen zu erreichen, um aufklärerisch zu wirken. Vergangenheitsbewältigung ist nie zu Ende. Das reicht bis in die Wortwahl hinein. Den Nazis ist es leider gelungen, Menschen jüdischen Glaubens zu einer eigenen ethischen Gruppe, ungeachtet ihrer Staatszugehörigkeit, zu definieren. So wird bis heute von Deutschen, Polen und Juden gesprochen und nicht von Deutschen und Polen katholischen, evangelischen oder jüdischen Glaubens.

Teilnehmer des Dialogs äußerten die Angst, daß die Menschen, die aktuell in Deutschland Asyl suchen, genauso stigmatisiert und mit Hass verfolgt werden wie damals die Mitbürger jüdischen Glaubens.

Wandertips

von BERND MÜLLER

Glasmacher und Steinschläger

7. Februar, Sonntag, Vom Glasmacher- und Steinschlägerdorf Senftenhütte in den Geo-Park nach Großziethen (8 km)

Hartmut Lindner vom Verein Die NaturFreunde Oberbarnim-Oderland e.V. lädt heute zu einer Wanderung durch den winterlichen Buchenwald von Senftenhütte nach Groß Ziethen und zurück ein. Wanderung durch die »Steinberge« nach Groß Ziethen zum Zentrum des Geo-Parks. Kaffee und Kuchen in der Galerie Alte Schmiede von Joachim Brückner in Groß Ziethen.

Treff: 13:30 Uhr Parkplatz beim Friedhof in 16230 Chorin Ortsteil Senftenhütte (Verbindungsstraße nach Golzow am Dorfausgang, links)

Über die Freienwalder Karpaten

14. Februar, Sonntag, 7 km

Die Wanderung mit Klaus Schluchter führt über die Karpaten von Bad Freienwalde. Dabei werden einige nicht so bekannte Orte aufgesucht. Kaffee und Kuchenrast wird an der Köhlerei zur Kaffezeit eingelegt.

Treff: 12:30 Uhr Kirche/Touristinformation, Uchtenhagenstraße 3, 16259 Bad Freienwalde

Mitgliederversammlung

21. Februar, Sonntag, 14 Uhr

Rund um Bad Freienwalde

28. Februar, Sonntag, Filmrückblick 23 Jahre

Die NaturFreunde Oberbarnim-Oderland e.V. laden heute ein zu einem filmischen Rückblick vor 20 Jahren ein. Bernd Müller zeigt eine kleine Zusammenfassung von interessanter Geschichte. Eine Anmeldung unter 03344-333200 ist aufgrund begrenzter Plätze unbedingt erforderlich. Kaffee und Kuchen werden serviert.

Treff: 15.00 Uhr NaturFreunde, Danckelmannstraße 28, 16259 Bad Freienwalde, Gebühren: Spende am Ausgang

Anmeldung unter 03344/333200 oder wandermueller@aol.com. Wenn nicht anders angegeben, werden folgenden Organisationsgebühren erhoben: Erwachsene 2,50 €, ermäßigt 1,50 €, Mitglieder der NaturFreunde Oberbarnim-Oderland e.V. und Kinder mit Familienpaß Brandenburg kostenfrei.

Alles Gegenwärtige verweist auf ein Zurückliegendes, Vergangenes wird in der Gegenwart sichtbar. Deshalb braucht Zukunft Erinnerung, damit sich Menschen verachtende Parolen, Gewalt und Mordlust nicht aufs Neue erheben.

Es wurde angeregt, die Zeit des Hitlerfaschismus in Bernau (1933-1945) durch die Aufarbeitung der Stadtgeschichte, unter besonderer Berücksichtigung prägnanter Orte, zu leisten und über Lesereisen in Schulen zu vermitteln. Auch die Einbindung Zeitzeugen wurde als wichtig erachtet.

Dr. DIETER KORCZAK, Vorsitzender Interdisziplinäre Studiengesellschaft e.V.

»Gottlose Type« im Gemeindesaal

Am 3. Februar liest um 19 Uhr im evangelischen Gemeindesaal von Schwanebeck eine »Gottlose Type« ihre »unfrisierten Geschichten« vor. Die »gottlose Type« hört auf den Namen Petra Pau. 1998 errang sie ein Bundestagsmandat im Berliner Wahlkreis »Mitte/Prenzlauer Berg« gegen namhafte Mitbewerber. Damit hatten nicht einmal die eigenen Parteistrategen gerechnet ... Derweil hat sie den Bundestag aus verschiedenen Perspektiven gesehen: mit hilf-

reichen Fraktionen, als Einzel-Abgeordnete ihrer Partei, als überparteiliche Vizepräsidentin.

Die Lesung mit Petra Pau ist vom Förderverein Dorfkirche Schwanebeck e.V. organisiert worden. Schwanebeck ist ein Ortsteil der Gemeinde Panketal. Der evangelische Gemeindesaal befindet sich in der Dorfstraße 8. Der Eintritt kostet 10 €.

SYLVIA PYRLIK (Buchhandlung Schatzinsel)
www.schatzinsel-bernaue.de

1. Eberswalder Weltfriedenskonferenz



Foto: Thea Reiller

Freitag, 5. Februar, 19 Uhr

Stadtsee Eberswalde, Angermünder Chaussee 9

Ewiges Wachstum, globaler Handel, direkte Demokratie, alternative Medien, Befriedung ...

In eigener Sache

Um auch als Monatszeitung möglichst aktuell zu sein, haben wir die Zeit zwischen Redaktionsschluß und Drucklegung bewußt sehr knapp gehalten. Leider hat sich in den letzten Jahren bei manchen Autoren die Auffassung durchgesetzt, mit Redaktionsschluß sei gemeint, ab diesem Termin könne man Beiträge einsenden. Folge war zum einen erhöhter Streß für den Redakteur, andererseits häuften sich die Fälle, daß der Abgabetermin für die Druckerei nicht eingehalten werden konnte. Als Leserinnen und Leser haben Sie davon wenig gemerkt, weil die Verzögerungen durch die schnelle Arbeit der Druckerei und die Anstrengungen unserer Vertriebsmitarbeiter meist ausgeglichen werden konnten. Dennoch ist der Zustand unbefriedigend. Daher ziehen wir den Redaktionsschluß ab der nächsten Ausgabe um einen Tag auf den Mittwoch vor dem Erscheinungstag vor. **Nächster Redaktionsschluß** ist damit **am Mittwoch, dem 24. Februar**. Wir bitten um Verständnis.

GERD MARKMANN
(Redakteur der »Barnimer Bürgerpost«)

impresum

herausgeber: Barnimer Bürgerpost e.V.

anschrift: Prenzlauer Str. 19, 16227 Eberswalde

telefon: (0 33 34) 35 65 42

e-mail: redaktion@barnimer-buergerpost.de

redaktion: Gerd Markmann

druckerei: Grill & Frank · (0 33 34) 25 94 088

redaktionsschluß: 28. Januar 2015

Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Nachdruck, wenn nicht anders bestimmt, bei Quellenangabe und Zusendung eines Belegexemplars erlaubt. Bankkonto bei der Berliner Volksbank, IBAN: DE27 1009 0000 3599 4610 00, BIC: BEVODE33. Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 2 vom 1. Januar 2002. Abopreise (12 Ausgaben): Normal-Abonnement 9 EURO, ermäßigt 3 EURO, Förder-Abo 12 EURO+.

Redaktionsschluß der NÄCHSTEN AUSGABE ist am 24. Februar 2016.

Gedenken am 27. Januar

Panketal (rs). Am 27. Januar trafen sich die Panketaler Sozialdemokraten am Gedenkstein »Die Würde des Menschen ist unantastbar« im Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus. Richard Specht, Vorsitzender der SPD Panketal: »Wir treffen uns, um uns dessen gewahr zu werden, was passiert, wenn die Gesellschaft von Haß und Angst verfressen ist! Wir verneigen uns vor den Opfern des NS-Regimes. Ihr Tod ist uns Mahnung und Erinnerung zugleich.« Maximilian Wonke, Ortsvorsteher von Zepernick, ergänzt: »Es ist sehr wichtig, immer wieder an Abgründe menschlichen Handelns zu erinnern und der Opfer zu gedenken. Denn das lehrt uns, in der aktuellen Situation auch auf kommende aufmerksam zu machen.« Nach einer Schweigeminute legten die SPD-Mitglieder einen Blumenstrauß auf dem Gedenkstein nieder.

RotFuchs lädt zum Meinungsaustausch

An jedem ersten Montag im Monat trifft sich die regionale RotFuchs-Lesergruppe von 16 bis 18 Uhr im Eberswalder Bürgerbildungszentrum »Amadeu Antonio« in der Puschkinstraße 13 (Beratungsraum 2.25) zum Meinungsaustausch. Interessenten, die auch mitlesen, diskutieren und mitbestimmen wollen, sind gern gesehen. Der nächste RotFuchs-Treff ist am 7. März. Im Folgemonat blicken die Rot-

Füchsler über den Tellerrand. Als exzellenter Kenner der Szene berichtet W. Herrmann in einem Referat über den Nikaraguakanal, sowie dem Entwicklungsprozeß in Lateinamerika und der Karibik. Sehr empfehlenswert. Beginn ist am 4. April wie immer um 16 Uhr im BBZ »Amadeu Antonio«.

RotFuchs-Regionalgruppe Eberswalde
Kontakt: eberswalde@rotfuchs.net, www.rotfuchs.net

Barnimer Bürgerpost

Ich bestelle ab sofort die »Barnimer Bürgerpost«

- zwei Ausgaben zur kostenlosen Probe
- Normalabonnement (12 Ausgaben: 9 EURO)
- ermäßigtes Abonnement (12 Ausgaben: 3 EURO)
Schüler, Studenten, Einkommenslose bzw. -schwache (monatl. Einkommen unter 600 EURO)
- Förderabonnement (12 Ausgaben: 12 EURO = 9 Euro + 3 Euro Spende)
- Förderabonnement »Gold« (12 Ausgaben: 18 EURO = 9 Euro + 9 Euro Spende oder mehr)

Die »Barnimer Bürgerpost« erscheint derzeit einmal im Monat. Das Abonnement verlängert sich automatisch um den angegebenen Zahlungszeitraum zum gültigen Bezugspreis, falls ich nicht 20 Tage vor dessen Ablauf schriftlich kündige. Beim Vertrieb über die Deutsche Post wird eine Versandkostenpauschale von 10 EURO pro Jahr erhoben (entfällt ab 3 Exemplaren).

Ich zahle: per Bankeinzug per Rechnung

Kontonummer Bank Bankleitzahl

Name, Vorname Straße, Hausnummer

PLZ, Ort Datum, 1. Unterschrift Abonnent/in

Widerrufsrecht: Innerhalb einer Frist von 14 Tagen nach Absendung (Datum Poststempel) kann ich diese Bestellung widerrufen:

Datum, 2. Unterschrift Abonnent/in

Ich möchte Mitglied beim BBP-Forum werden (eMail-Liste nur für Abonnenten)

Ich möchte zusätzlich die eMail-Ausgabe der BBP erhalten

eMail-Adresse (Angabe ist notwendig für eine Nutzung der o.g. Angebote)

Coupon senden an: Barnimer Bürgerpost, Prenzlauer Str. 19, 16227 Eberswalde
(Bestellmöglichkeit per Telefon und e-mail siehe Impressum)